

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sontage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Insette
(1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden
für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 5. Januar. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: Die beiden Geheimen Regierungs- und vortragenden Räthe im Ministe-rium des Innern, Gerhard und Ribbeck, zu Geheimen Ober-Regierungs-Räthen zu ernennen; so wie dem Privatgelehrten Dr. phil. Carl Friedrich Meyer, bisher zu Heidelberg, den Charakter als Legationsrath; und dem Fabrikanten Kronbiegel in Sömmerna den Charakter als Kommissionsrath zu verleihen.

Der Buchhalter der hiesigen vereinigten Konsistorial-, Militär- und Bau-klasse, Schulz, ist zum Buchhalter der General-Staatsklasse ernannt worden.

Se. Majestät die Königin haben Allernädigst geruht, dem Kauf-mann und Garderobe-Waren-Händler Wilhelm Wolfheim zu Königswberg i. Pr. das Prädikat Altherköstliches Hof-Lieferanten zu verleihen.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist nach Dresden abgereist.

Abgereist: Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, Erb-Hofmeister in der Kurmark Brandenburg und Kammerherr, Graf von Königsmarck, nach Plaue.

Nr. 4 des St. Anz. enthält Seitens des f. Ministeriums des Innern eine Bekanntmachung vom 1. Januar 1862, betr. die am 14. Januar d. J. stattfindende Gröfzung beider Häuser des Landtages.

Telegramme der Posener Zeitung.

Turin, Sonnabend 4. Januar Abends. Garibaldi sagt in einem Schreiben, in welchem er die Präsidenschaft über die Genueser Schützen annimmt: Eilet, Euch für die Waffe vorzubereiten, denn der Augenblick naht, um die Beweise der Tapferkeit zu erneuen.

Petersburg, Sonntag 5. Januar Morgens. Hier eingegangene Nachrichten aus Peking vom 13. November v. J. melden, der Kaiser sei in Peking eingetroffen, habe den obersten Staatsrath, der aus den Europäern feindlich gesinn-ten Elementen bestanden, aufgelöst und den Prinzen Kong zum Regenten ernannt. Suh-Shun ist öffentlich hingerichtet worden. Zwei andere Großwürdenträger haben sich auf Be-fehl des Kaisers selbst stranguliert.

(Sing. 5. Jan. 11 u. 25 Min. Vorm.)

Die Aufgabe der Deutschen in der Provinz Posen.

VI.

Wir haben es heute mit einer Art Partei, Parteischaffirung, zu tun, gegen die wir nicht von einer anderen Parteistellung aus eine Lanze brechen, der wir vielmehr rundweg die Berechtigung absprechen müssen, eine Partei zu sein. Es ist darnach leicht zu be-messen, welcher Haltung sie sich unsererseits wird zu versetzen haben. Wir haben die Partei der deutschen Katholiken in der Provinz vor uns, die bei den jüngsten Abgeordnetenwahlen mit den Polen stimmten. Was will das sagen? Nach dem bekannten Ge-bahnen der Polen in der preußischen Volksvertretung, sagt das nicht weniger, als es haben Preußen, Deutsche, antipreußisch, antideutsch gestimmt, weil sie Katholiken sind. Kann man das eine Partei-handlung nennen? Eine Verirrung ist es von beklagenswerther Verblendung. Wir können dafür kein gelinderes Wort finden. Was soll es denn überhaupt bedeuten, eine katholische Partei? Und in Preußen eine katholische Partei?

Von dem allgemeinen Standpunkte der Staatstheorie der Neuzeit aus haben politische Parteien, die sich nach religiösen Be-kennissen markiren, gar keinen Sinn mehr, keinen Inhalt, mögen sie sich einen katholischen, oder protestantischen, oder jüdischen, oder unsertwegen einen mohamedanischen Namen geben. Da der Staat, als solcher, jedem seiner Bürger die Gewissensfreiheit unbenommen und uneingeschränkt belassen muß, zu glauben, was er eben glaubt; so können es keine Glaubensinteressen sein, die zu wahren, eine po-litische Partei sich zum Zwecke stelle, so können es keine Glaubens-interessen sein, aus welchen eine Solidarität entspränge für eine politische Partei. Man sollte wahrlich meinen, daß dies Einmal-eins-Grempel der bürgerlichen Gesellschaft heutigen Tages endlich jedweden politischen Kannegießer geläufig müsse geworden sein. Insofern aber der Grundsatz von der Gewissensfreiheit in Preußen durch die Verfassung gewährleistet ist; insofern in Preußen diese verfassungsmäßige Garantie hinsichtlich des katholischen Glaubens offenkundig, nach allen Richtungen hin, tatsächlich und verwirklicht ist: wissen wir uns nichts Ungereimtes vorzustellen, als in Preu-ßen eine katholische Partei.

Die Hand aufs Herz! Welche katholische Glaubensinteressen sind denn in Preußen gefährdet, bedroht, daß eine Partei sie ver-schonen müsse? Kann der katholische Kultus, selbst in rein katholi-schen Ländern, unangetasteter sein, als bei uns in Preußen? Was? Wer stört ihn, oder legt ihn auch nur im Mindesten zurück? Wird etwa ein Bekennender des katholischen Glaubens, dieses Glaubens hal-ber, bei Bekleidung von Aemtern, Ehrenstellen u. s. w. u. s. w. ver-drängt, verstoßen? Was hat der Katholizismus zu dulden in Preu-ßen? Was zu fürchten? Ja, noch ehe wir eine Verfassung hatten, konnte der katholische Glaube eine Beschwerde der Art nicht erheben, ohne ungerecht zu sein. Im Gegenteil wurden bekanntermaßen dem früheren Regimente katholisirende Tendenzen zur Last gelegt. In der That ging man damals in der Besitzierung des Katholi-zismus von Seiten der Staatsregierung zu weit hinaus über die gebührlichen Grenzen. Als in den vierziger Jahren die Reform des katholischen Glaubens unter dem Namen „Deutsch-Katholisch“ auftauchte, um die Katholiken Deutschlands in ihrem Klerus von dem Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes und von der Hierarchie Rom's loszulösen, damit der Glaube die nationale Unabhängigkeit

erhalte, — nahm, zum Erstaunen der Denker und der Politiker, die Regierung Preußens Partei wider die Reform und die Reformer.

Bei den neuesten italienischen Befreiungskriegen beobachtete die preußische Regierung eine „frostige Neutralität“, und bis heute nimmt sie Anstand, die Thatsache des italienischen Staates zu legitimiren. Dabei waren ja die Kämpfe nicht eigentlich antikatholisch, antipäpstlich, und hat ein katholischer Staat, wie Frankreich — die Motive sind für unsere Beziehung gleichgültig — den italienischen Kämpfen Beistand und den Siegen die Anerkennung zu Theil werden lassen. Oder wer weiß es überdies, nach den vielen Beispielen, jetzt immer noch nicht, daß man ein guter Katholik, und dessen geachtet der Trennung der weltlichen von der geistlichen Macht des Papstes zugethan sein könne? Nein! es ist kein Fall, kein Umstand vorhanden, daß die Katholiken Preußens um ihren Glauben die Stirne runzeln. Nur entweder dem Mangel an Einsicht, oder dem Mangel an Aufrichtigkeit muß es zugeschrieben werden, wenn in Preußen eine katholisch besorgte Miene verzogen wird. Wir sind gerne geneigt, bei unseren deutschen Brüdern lieber das Erstere auf Kosten ihrer richtigen Einsicht, als das Letztere auf Kosten ihrer gesunden Biederkeit anzunehmen. Es ist indessen der deut-schen Presse sowohl, als jedem deutschen Patrioten in der Provinz die Aufgabe erwachsen, unsre verleiteten deutschen Brüder, die in eine der unnatürlichsten politischen Verabredungen eingegangen — in diesem Berichte ernstlich aufzuklären und zu korrigieren, damit sich nicht zum zweiten Male wiederhole, was zum ersten Male für die deutsche Intelligenz ein Schlag ins Gesicht war, der dem Preu-ßen- und Deutschtum eine Niederlage bereitete.

Dr. C-k.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 5. Jan.) [Vom Hof; Ver-schiedenes.] Se. Maj. der König ließ sich vorgestern von den Geheimräthen Costenoble und Alaire, dem Chef des Militärlaborets v. Manteuffel, dem Oberst-Kammerherren Grafen Redern zc. Vorträge halten und nahm alsdann im Beisein des Generalfeld-marshalls v. Wrangel und des Stadtkommandanten General v. Al-vensleben die militärischen Meldungen entgegen. Zuvor hatte der König den Besuch des Prinzen Albrecht empfangen, der sich ver-abschiedete und Mittags auf einige Tage nach seiner bei Dresden gelegenen Villa Albrechtsberg abreiste. Nachmittags speisten die Majestäten mit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin, und Abends war im königlichen Palais Theegeellschaft, in der auch die Frau Groß-herzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin erschien, welche kurz zuvor vom Schlosse Sanssouci nach Berlin gekommen war. — Heute Vormittags hatte der König eine längere Unterredung mit dem Großherzoge und konferierte darauf mit den Ministern v. Auers-wald und Graf Bernstorff. Die Königin wohnte dem Gottesdienst in der Klosterkirche bei und der Kronprinz war in der Garnison-kirche. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin fuhr heute Mittags nach Schloß Sanssouci, stattete der Königin Elisabeth einen Besuch ab und kehrte zur Tafel wieder hierher zurück. Schon heute Abend beabsichtigt der Großherzog mit seiner erlauchten Mu-tter nach Schwerin abzureisen, wird aber zur Karnevalszeit wieder an den Hof kommen. Während derselben sollen bekanntlich auch sechs Subskriptionsbälle stattfinden. Für drei derselben, und zwar für die Maskenbälle, war das Victoria-Theater von dem General-intendanten v. Hülsen ausgerufen, die Unterhandlungen mit dem Direktor Gerv haben jedoch zu keinem Resultat geführt und werden nun auch diese Maskenbälle im Opernhaus abgehalten werden. Für den ersten Subskriptionsball ist der 1. Febr. angesetzt. — Der gestrige Ministerrat dauerte von Vormittags 11 Uhr bis Nachmittags 4½ Uhr. Der Kronprinz verließ die Sitzung eine Stunde zuvor, begab sich zunächst ins f. Palais und begrüßte alsdann den Groß-herzog von Mecklenburg-Schwerin.

Es wird jetzt vielseitig behauptet, daß der König die beiden Häuser des Landtags am 14. in Person eröffnen werde. Ich weiß nur, daß dies Seitens des Staatsministeriums gewünscht wird. Vor einigen Tagen war der Oberbürgermeister Grabow aus Prenzlau hier anwesend, welcher bekanntlich schon mit großer Bestim-mtheit als der neue Präsident des Abgeordnetenhauses genannt wird, und hatte wiederholte Konferenzen mit dem Minister Grafen Schwerin. Man glaubt noch immer, daß die Regierung im Hause die Majorität haben werde, obwohl auch die Nachwahlen zur Stunde noch Fortschrittmänner liefern. — Der Kommunalland-tag wird in der zweiten Hälfte des Januar hier zusammentreten und etwa drei Wochen tagen. Derselbe wird sich auch mit der Wahl der Generaldirektion beschäftigen, da die Wahlperiode des Grafen Haeseler abgelaufen ist. Seine Wiederwahl wird sehr bezweifelt. Auf der Tagesordnung stehen auch die Defekte, deren der Rendant Blaßing und der Kontrolleur Schröder angeklagt sind, und die sich nach den bisherigen Ermittlungen auf 20,000 Thlr. belaufen. Zum Erfaß derselben dürfte wohl der Generaldirektor in Anspruch ge-nommen werden. Die Stellen der beiden verhafteten Beamten werden interimistisch verwaltet; die definitive Besetzung derselben dürfte ebenfalls der Kommunallandtag vollziehen. — Unser Ober-bürgermeister Dr. Krausnick wird sich nach Ablauf seiner Wahlperiode in das Privatleben zurückziehen. Man sieht sich schon nach einem Nachfolger um. Die eine Partei will den interimistischen Polizeipräsidenten v. Winter, die andere den Oberbürgermeister Hasselbach zu Magdeburg; außerdem werden auch noch andere Ma-nen genannt. — Der spanische Gesandte Marquis de la Rivera ist, wie ich höre, abberufen und soll sein Nachfolger nächstens hier eintreffen.

[Die preußische Depesche über die Trent-Affaire.] Wie bereits erwähnt, hat auch unsere Regierung in einer nach Washington gerichteten Depesche sich über die Angelegenheit des „Trent“ geäußert. Die Depesche behandelt, wie der „K. Z.“ von hier mitgetheilt wird, die Rechtsfrage nicht in eingehender Weise. Es wird darin zuerst bemerkt, daß bei der Nachricht von der Anordnung maritimer Maßregeln gegen die Südstaaten das Bedenken nahegelegt war, daß die Rechte der neutralen Schifffahrt dadurch leicht beeinträchtigt werden könnten. Die Depesche geht dann auf die „Trent“-Affäre über. Man wolle vorerst gern annehmen, daß der Kapitän Wilkes ohne Instruktionen gehandelt habe. Sollte diese Vermuthung nicht zutreffen, so würde eine Ver-lezung des Rechtes aller neutralen Staaten vorliegen. Es wäre weiter ohne Zweifel anzunehmen, daß die Forderungen Englands das Selbstgefühl der amerikanischen Regierung nicht verletzt hätten, und es stehe zu hoffen, daß die Vereinigten Staaten jene Forde-rungen annehmen werden. Se. Maj. der König sei stets von den wohlwollendsten und freundlichsten Gesinnungen für die Vereinigten Staaten besetzt gewesen. Se. Majestät habe den Grafen Bernstorff beauftragt, dies besonders hervorzuheben und nachdrücklich zum Frieden zu mahnen. Es würde Preußen freuen, zur Er-haltung des Friedens beigetragen zu haben. Sollte zur Stunde, wo die Depesche in Washington angelangt, eine Entscheidung in anderem Sinne schon getroffen sein, so werde es Preußen doch zur Beruhigung gereichen, daß es für die Sache des Friedens das Wort ergriffen habe.

[Das Verfahren bei Haussuchungen.] Die ländlichen Polizeibehörden sind wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Haussuchungen in der Regel nicht eigenmächtig und ohne Veranlassung Seitens der Staatsanwaltschaft vorgenommen werden sollen, dagegen in allen Fällen, wo beim Vorhandensein einer strafbaren Handlung auf einer bestimmten Person dringender Verdacht lastet und durch die mit der vorherigen Antretung der Staatsanwaltschaft verbundene Verzögerung der Zweck der Haussuchung voraussichtlich verfehlt würde, weil die verdächtige Person Zeit gewinnt, die aufzusuchenden Gegenstände bei Seite zu schaffen, die Polizeibehörden und Ortsvorstände ebenso besucht, wie verpflichtet sind, Haussuchungen auch selbständig und ohne vorherige Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft vorzunehmen, wobei wie sich von selbst versteht, in jedem solchen Falle zu erwägen ist, welcher Art die Verdachtsgründe sind und welcher Beschaffenheit die strafbare Handlung, deren Demand beschuldigt wird, und da-nach zu bemessen, ob eine Haussuchung zur Feststellung des Thats-standes erforderlich ist, oder nicht. Uebrigens ist von jeder, aus eigenem Antriebe abgehaltenen Haussuchung, sie möge eine Ergeb-nis gehabt haben, oder nicht, der Staatsanwaltschaft binnen 24 Stunden Anzeige zu machen.

[Eine Entscheidung.] In der, gegen den Herausgeber des „Radwislain“ geführten Untersuchung hat das Appella-tionsgericht in Marienwerder, zur Erläuterung des §. 26 des Preß-gesetzes, entschieden, daß der Herausgeber einer Zeitschrift die Be-richtigung, die er aufzunehmen gezwungen werden kann, nur in der Sprache, in der sein Blatt erscheint, aufzunehmen braucht, da ihm Übersetzungen nicht zugemahlt werden können.

[Preßprozeß.] Am 3. d. fand hier vor dem Kriminal-gerichte eine Verhandlung gegen den Schuhmacher Amandus Schmidt statt, welcher, wie bekannt, unter allgemeinem Aufsehen von dem Major a. D. v. Senft-Pilsach seine ihm angeblich wider seinen Willen vorenthalte Tochter zurückforderte. Die Verhandlung, bei welcher der Superintendent Büchel als Zeuge vorgeladen war, wurde theil-weise unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Schmidt wurde der öffentlichen Beleidigung und Verleumdung schuldig erklärt und zu 6 Wochen Gefängnis, der Redakteur der „Volkszeitung“ wegen Preßvergehens durch Veröffentlichung des Inserats zu 50 Thlr. Geldbuße verurtheilt.

[Nachwahlen.] Bei den gestern vollzogenen Nachwahlen im vierten Berliner Wahlbezirk wurden Dr. Lüning aus Rheda mit 284 Stimmen überhaupt und Major Steinhardt aus Wittstock mit 28 Stimmen Majorität zu Abgeordneten gewählt. Der Gegen-candidat beider Gewählten, App. Ger. Präsident Dr. Simon zu Frankfurt a. O., blieb in der Minorität.

[Berichtigung.] Die „Allg. Ztg. des Judentums“ enthielt einen auch in unsere Zeitung übergegangenen Artikel über die vom Justizminister angeblich geschahene Einforderung von Rab-binatsattesten hinsichtlich der Vereinbarkeit der Religionsgrundsätze der Juden mit der Erfüllung ihrer Amtspflichten. (S. Nr. 304 v. J.) Die „A. Z. P. Z.“ ist in der Lage, erklären zu können, daß zwar von einem Appellationsgerichtspräsidenten vor einiger Zeit ein bezügliches Urteil eines Rabbiners, das in der Fassung übrigens von der in der Presse mitgetheilten wesentlich abweicht, eingereicht ist, daß aber die Einforderung von Rabbinatsattesten durch den Justizminister nicht stattgefunden hat. Hieraus ergiebt sich von selbst der Ungrund dessen, was der obige Artikel über die Art, wie der Justizminister die Einforderung von Rabbinatsattesten motivirt haben sollte, enthält.

Danzig, 4. Jan. [Protest.] Aus dem Kreise Löbau ist in diesen Tagen ein von mehr als 50 deutschen Wahlmännern unter-zeichneter Protest gegen die Gültigkeit der Wahl des Dekans Bar-tosiewicz aus Kulm an das Haus der Abgeordneten abgesandt worden. Der Protest ist in demjenigen Theile, welcher das Wahl-verfahren bespricht, rein objektiv gehalten und weiset nach, daß von 146 zur Wahl erschienenen Wahlmännern, 40 aus illegalen Ur-wahlen hervorgegangen, daß in einer Abtheilung eines überwiegend polnischen Wahlbezirks sogar ein Wahlmann mehr gewählt wor-

den, als hätte geschehen dürfen, daß aber sämtliche ungültige Stimmen in der Wahlmännerversammlung von der polnischen Majorität für gültig erklärt worden, und daß es nur dadurch gelungen sei, dem Kandidaten der polnischen Partei bei der Wahl eine Majorität von 2 Stimmen zu verschaffen. (D. 3.)

Graudenz. 4. Januar. [Neues Dekanat.] Der Bischof von Kulm hat mit Zustimmung der Staatsbehörde für die katholischen Einwohner der Kreise Osterode und Neidenburg ein neues Dekanat „Pomesanien“ gebildet.

Priwall, 4. Januar. [Nachwahl.] Bei der heute hier stattgefundenen Nachwahl ist der Staatsanwalt Oppermann bei dem königlichen Stadtgericht zu Berlin zum Abgeordneten für den ersten Potsdamer Wahlbezirk, die Kreise Ost- und West-Priwall umfasst, gewählt worden. Derselbe gehört zur Fortschrittspartei. Die Konservativen sind unterlegen.

Oestreich. Wien, 3. Jan. [Die Sutorina-Angelegenheit.] Von der russischen Depesche vom 10. Dezember über die Sutorina-Angelegenheit bringt die „Presse“ eine sehr ausführliche Analyse und bemerkt sodann über die durch diese Depesche geschaffene Situation: Dem Grafen Rechberg wurde die Depesche Gortschakoffs vom 10. Dezember von Hrn. v. Balabine nur mündlich mitgeteilt (vorgelesen), aber keine Abschrift davon gelassen. Wenn wir genau unterrichtet sind, so hat Graf Rechberg nach Anhörung der russischen Depesche die Ausübung abgegeben, daß er nach den von ihm über die Angelegenheit der Sutorina den Vertretern der Mächte abgegebenen Erklärungen, die ihm vom russischen Gesandten gewordene Mittheilung im Grunde als nicht geschehen (non avenit) betrachten könne. Bei dem Umstande aber, daß der österreichische Gesandte in Petersburg, Graf Friedrich Thun, gerade in Wien weilte und eben im Begriffe stand, auf seinen Posten zurückzufahren, ertheilte Graf Rechberg diesem Diplomaten den mündlichen Auftrag, nach seiner Ankunft in Petersburg dem Fürsten Gortschakoff das Bedauern des Wiener Kabinetts auszudrücken, nach den bereits in der Sutorina-Angelegenheit abgegebenen Erklärungen auf besagte Depesche keine weitere Antwort geben zu können. Damit wäre die Sache allerdings in etwas schroffer Weise abgethan gewesen; allein das Petersburger Kabinett hatte ja mit seiner Depesche hauptsächlich den einen Zweck im Auge, seiner traditionellen orientalischen Politik gemäß, seine Stellung zur südslawischen Bewegung zu markieren. Russland bot die Sutorina-Angelegenheit einen erwünschten Anlaß, nach längerer Zeit wieder einmal ein Lebenszeichen von sich zu geben, und die christlichen Unterthanen der Pforte durch die Rundgebung russischer Sympathien zu überzeugen, daß das Auge des Chresti ihrer Religion, des „weisen“ Czars im Norden, gnädig auf sie herabblickt. Wurde nun die ganze Sache durch das Wiener Kabinett totgeschwiegen, so drang die Runde kaum jemals über die diplomatischen Kreise hinaus. Graf Friedrich Thun scheint sich seines Auftrags jogleich nach seiner Rückkehr nach Petersburg entledigt zu haben, und Fürst Gortschakoff beschloß sofort, seine Depesche an Balabine im „Journal de St. Petersburg“ zu veröffentlichen. Damit wurde die russische Manifestation zu Gunsten der slawischen Bevölkerungen an die große Glocke gehängt, und auf das Wiener Kabinett gleichzeitig ein moralischer Zwang ausgeübt, die russische Depesche vom 11. v. M. dennoch als vorhanden (avenue) zu betrachten und demgemäß auch zu beantworten. Diese seine Absicht scheint Fürst Gortschakoff auch wirklich erreicht zu haben; denn, wie die „Donau-Zeitung“ versichert, „hat sich das I. Kabinett durch die der russischen Note gewordene Notorietät veranlaßt gefunden, sich in geeigneter Weise und Richtung zu äußern.“

[Reise des Kaisers; Tagesnotizen.] Der Kaiser ist gestern um 11 Uhr Vormittags in Verona angelangt. Um 2 Uhr fand die Vorstellung sämtlicher Civil- und Militär-Autoritäten statt. Morgen Abend kehrt Se. Majestät nach Verona zurück, verweilt dasselb am 5. und 6. und langt zum zweiten Male am 7. d. in Verona an. Der 8. und 9. sind der Besichtigung von Borgosorte, Peschiera, Mantua und Legnago gewidmet; am Abend des 9. kehrt der Kaiser nach Venetia zurück. — Die Gerüchte, daß die toscanische und die modenesische Gesandtschaft mit Neujahr aufgelöst worden wären, sind, der „Ostd. Post“ zufolge, irrig. Sowohl der Gesandte des Herzogs von Modena, Graf v. Bolo, als der des Großherzogs von Toskana, Marquis de Provenzali, sind am österreichischen Hofe bis zur Stunde beglaubigt und ist auch von einer Auflösung dieser Gesandtschaften hier nichts bekannt. — Das Prager Konistorium hat kraft des Konkordats die Bestätigung der vom Stadtrath angestellten Lehrer verweigert. Die Sache geht an das Ministerium und man wird erfahren, ob das Konkordat noch gültig ist oder nicht. — Aus Oberösterreich wird mitgeteilt, daß die zu Attersee eingepfarrte Gemeinde Braunau, welche dermalen circa 50 Kommunitanten zählt, die Absicht hat, eine neue Kirche zu bauen. Der deshalb bereits im Druck erschienene Aufruf röhrt von dem einzigen evangelischen Abgeordneten des oberösterreichischen Landtages, Kaufmann Schönthal, her. Auch das neue Presbyterium in Salzburg arbeitet unermüdlich, die baldige Errbauung einer evangelischen Kirche in Salzburg zu Stande zu bringen, indem der Gemeinde der bisher von König Ludwig von Bayern zur Benutzung überlassene große Saal in dessen Schloss Leopoldskron wegen unzureichender Räumlichkeit wieder entzogen wurde. In Gmunden dürfte im nächsten Sommer ein Betraum gemietet und evangelischer Gottesdienst abgehalten werden. Die oberösterreichische Diözese ist beim Staatsministerium auch um die beschleunigte Einberufung der Synode eingeschritten. — Im Jahre 1862 erscheinen in Wien gerade 100 verschiedene Tagesblätter und periodische Druckschriften. Seit Neujahr 1861 hat sich die Zahl der periodischen Druckschriften um 18 vermehrt.

[Gymnasialfrage in Böhmen.] Einer Petition des Budweiser Gemeindeausschusses an das Staatsministerium um Aufhebung des Statthaltererlasses, durch welchen das Budweiser Gymnasium für ein paritätisches (deutsches und tschechisches) erklärt wurde, sind bis jetzt die Städte Winterberg, Prachaly, Rosenberg, die Marktflecken Hohenfurth, Kalching, Hörlitz, Oberplan, Unterwaldau und Friedberg, sowie 62 Landgemeinden beigetreten, und daß sich ihr auch alle übrigen Gemeindevertretungen der benachbarten deutschen Bezirke mit gleichem Eifer anschließen werden, unterliegt keinem Zweifel. Die lebhafte Theilnahme, die Einstimmigkeit, mit welcher sich die deutsche Bevölkerung des südl. Böhmens den Bewohnern von Budweis in dem gemeinsamen Streben nach Aufrechterhaltung des deutschen Charakters

der einzigen höheren Lehramtshalt in diesem Landesteile an die Seite stelle, liefert den besten Beweis, daß die erwähnte Petition einem mächtigen Gefühl und klar erkannten Bedürfnissen wahrheitsgetreuen Ausdruck gab. Die deutschen Männer, die für jene Petition eintreten, sprechen es aus, daß sie die Tragweite der fraglichen Regierungsmaßregel wohl erfaßten, und daß sie die Rechte ihrer Nationalität mit gleicher Treue und Festigkeit zu wahren entschlossen sind, als sie dies ihren slavischen Landesgenossen aufrichtig gönnen.

Württemberg. Stuttgart, 3. Jan. [Interpellation über die preußische Stempelsteuer.] In der letzten Sitzung der württembergischen zweiten Kammer trug der Abgeordnete Moritz Mohl eine Interpellation an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten über die Belastung der deutschen Presse durch die preußische Stempelsteuer vor. Da jedoch der Minister des Außenlands damals nicht anwesend war, so behielt Mohl sich vor, demselben den Gegenstand schriftlich vorzutragen, was gegenwärtig in einer außerordentlichen Beilage der „A. Z.“ geschehen ist. Am Schlusse der fast sechs Spalten langen Abhandlung heißt es: „Zu Gunsten dieser Maßregel wird zu Berlin geltend gemacht, daß der Ertrag der Steuer, mit 120,000 Thlrn. anfangend, in acht Jahren allmählig auf 400,000 Thlr. gestiegen sei, und daß Preußen dieser Einnahme eben bedürfe. Dagegen wird in Sachsen wohl vollkommen richtig erwidert, daß dies kein Rechtsgrund sei, um einen Zoll von den Erzeugnissen der periodischen Presse des übrigen Deutschland zu erheben. Mit Recht dürfte sich fragen lassen: wer darf sich, daß Preußen nicht einst, auf gleiche Motive gestützt, auch die übrigen literarischen Erzeugnisse einer Steuer und diese Erzeugnisse der andern deutschen Staaten einem Schutzoll zu Gunsten des preußischen Buchdruckergewerbes und Buchhandels unterwerfe und so den deutschen Buchhandel nötige, sich mehr und mehr auf preußisches Gebiet zu ziehen. Ich erlaube mir mit der Frage zu schließen: „Ob die königl. Staatsregierung sich nicht bewegen finden möchte, diesen Gegenstand einer näheren Prüfung zu unterziehen, und wenn dieselbe die Überzeugung gewinnen sollte, daß die fragliche preußische Steuer dem freien Verkehr unter den Bollvereinsstaaten und dem Sinn und Geist der diesfallsigen Verträge nicht entspricht, die geeigneten Schritte zur Bewirkung einer gründlichen Abhöfe zu thun?“ Es möchte übrigens wohl kaum der Meinung bedürfen, daß eine solche Abhöfe nur durch gänzliche Befreiung der literarischen Erzeugnisse der übrigen Bollvereinsstaaten von der preußischen Stempelsteuer zu erzielen ist, da jede Prüfung auf Entscheidendste darthun dürfte, daß diese Steuer überhaupt vertragswidrig ist, und da auch aus materiellen Gründen den gerechten Beschwerden nur auf diese Weise abgeholfen werden kann. Die Frage, ob die Belegung der preußischen Pressezeugnisse mit einer Stempelsteuer dadurch unhaltbar werde oder nicht, kann den Rechten der übrigen Bollvereinsstaaten natürlich keinen Eintrag thun.“

— [Amtliches.] Der „Würtemb. Staatsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, nach welchem „die staatsbürgerlichen Rechte unabhängig sind von dem religiösen Bekenntnisse“. — Sodann ist die „sofortige Einleitung“ zu neuen Abgeordnetenwahlen angeordnet worden.

Baden. Karlsruhe, 2. Januar. [v. Montherot +.] Heute starb hier der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Frankreichs am großherzoglichen Hofe, v. Montherot. Die „Karls. Ztg.“ hält seinen vor trefflichen Eigenschaften eine Eobrede.

Hessen. Kassel, 2. Januar. [Verbot der Monstreaddress; Festmahl.] Den seither durch die Polizeibehörden im Kurfürstenthum vereinzelt vollzogenen Bechlagnahmen von Abdrücken der Monstreadresse an den Landesfürsten ist nunmehr durch Ministerialbesluß vom 28. Dezbr. v. J. ein allgemeines Verbot dieser Druckschrift gefolgt. — Nächsten Sonntag findet im Saale des Stadthauses ein Festmahl statt zur Feier des Jahrestages, an welchem dem kurhessischen Volke 1831 seine Verfassung verkündet wurde, welche nach dem Willen Kurfürst Wilhelms II. „als festes Denkmal der Eintracht zwischen Fürst und Untertanen noch in späten Jahrhunderten bestehen und dem gesammten Vaterlande eine lange segensreiche Zukunft verbürgen“ sollte. Die Befreiung ist so groß, daß wegen des Saales schon jetzt der Ausschluß weiterer Anmeldungen nötig ist. (G. J.)

Kassel. 3. Januar. [Zusammentritt der zweiten Kammer.] Nachdem auf Einladung des Landtagskommisars die hier anwesenden 37 Abgeordneten der zweiten Kammer heute Morgen zur Vornahme der Wahl des Präsidenten zusammengetreten waren, übernahm Herr Baupel aus Langenhain den Altersvorsitz und eröffnete sein Amt mit der Erklärung, daß er die Wahl nur unter der ausdrücklichen Verwahrung vornehmen werde, daß in der Vornahme weder eine Verzicht auf das alte Verfassungsrecht, noch eine Anerkennung der 1860er Verfassung gefunden werde. Der Landtagskommisar erklärte hierauf, daß von einer Thätigkeit nicht die Rede sein könne, wenn ein Protest gegen die 1860er Verfassung, auf deren Grund die Abgeordneten hier versammelt seien, eingelegt werde, und bemerkte weiter, nachdem derselbe darauf aufmerksam gemacht war (von Herrn Hartwig), wie diese Erklärung mit dem Verhalten der Regierung den beiden vorigen Landtagen gegenüber nicht übereinstimme: Damals sei ein milderes Verfahren beobachtet, das werde jetzt nicht mehr stattfinden. Nach kurzer Diskussion beschloß die Versammlung mit 35 gegen 2 Stimmen (Nuhn und Stroh), daß die Wahl nur unter dem von dem Vorsitzenden bestimmten Rechtsvorbehalt angenommen werden solle. Der Landtagskommisar verließ hierauf in Gesellschaft der Herren Nuhn und Stroh den Saal mit dem Bemerkken, daß seine Anwesenheit nun nicht mehr nötig sei. Die Zurückbleibenden wählten nunmehr einstimmig Herrn Nebelthau zum Präsidenten und Herrn Ziegler zum Vizepräsidenten. Herr Nebelthau sprach hiernächst etwa folgende Worte zur Versammlung: „Er dankt für seine Wahl, die um so mehr Bedeutung gewinne, als sie einstimmig erfolgt sei und die Minister jede Äußerung der Stimmung des Landes zu unterdrücken bestrebt seien; er sei bereit, Gut und Blut für das Verfassungsrecht von 1831 herzugeben. Auf die in der jüngsten Zeit verbreitete und in wenig Tagen mit 15,000 Unterschriften bedeckte Adresse an den Landesherrn habe man mit Waffengewalt fahnden lassen, die Minister wollen die Stimme des Landes nicht hören. Wenn Sie den Ministern zeigen wollen, wie das Land gesinnt ist, so bin ich mit Freuden bereit, mich an Ihre Spitze zu stellen.“

Verabredet wurde schließlich noch, bis zum Eingang einer Mittheilung der Regierung auf das alsbald einzuhaltende Wahlprotokoll in Kassel anwesend zu bleiben. (M. 3.)

Nassau. Wiesbaden, 3. Jan. [Verhaftung.] Die beiden Redakteure der „Wiesbadener Zeitung“, Dr. Koch-Conradi und Dr. C. Löwenthal, sind wegen des in dem gestrigen Blatte enthaltenen Beiträges: „Eine Zeit- und Weltbetrachtung beim Jahreswechsel“, auf Verfügung des Justizamtes verhaftet worden. Die Anklage lautet dem Vernehmen nach auf Gotteskosten.

Sachsen. Gotha, 4. Januar. [Verhandlungen des Generalausschusses für Turnwesen.] Am 28. und 29. Dezember versammelte sich der zur Geschäftsführung und Leitung des Turnwesens durch die deutsche Turnerschaft berufene Generalausschuss. Von dem Fünfzehner-Ausschuss waren anwesend: Georgi aus Ehingen, Dr. Angerstein aus Berlin, W. Angerstein aus Köln, Bopphausen aus Kassel, Dr. Friedländer aus Elbing, Lion aus Bremerhaven, Weber aus München, Haussmann aus Neustadt a. d. Orla, Wilhelm aus Neustadt a. d. Haardt, Dr. Götz aus Leipzig. Zum Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses wurde gewählt Georgi, zum Schriftführer und Kassirer Götz, und als drittes Mitglied wurde Dr. Angerstein beigegeben. Zur Erledigung kamen folgende Fragen: 1) Organisation des Ausschusses; 2) Abhaltung des nächsten deutschen Turnfestes; um beiden Städten, Leipzig und Nürnberg, gerecht zu werden, wurde beschlossen, das Fest 1863 in Leipzig (zur 50jährigen Feier der Schlacht bei Leipzig) und 1865 in Nürnberg (zur 50jährigen Feier der Schlacht bei Waterloo) abzuhalten; 3) Fahndenkmäler-Frage. Es soll dem Begründer der deutschen Turnkunst kein Kunstmöment, sondern ein Mahnmal aus Felsblöcken, welche von den Turnern aus allen Theilen Deutschlands gesandt werden und mit den Inschriften der betreffenden Vereine versehen sind, errichtet werden. Sammlungen oder Beiträge für die deutsche Flotte oder das Hermannsdenkmal sollen jedem Einzelnen überlassen sein. 4) Geschäftsbildung für das nächste Fest. 5) Statistik und Turnkreise. Deutschland wurde in 14 Turnkreise eingeteilt, für welche Bevollmächtigte aus dem Generalausschuss und Mitglieder verschiedener Turnverbände zur Ausfertigung von genauen Statistiken in ihren Turngebieten ernannt wurden. Für Oestreich: Krich aus Wien, für Bayern: Weber, für Schwaben: Georgi, für den Oberrein: Giebler, für den Mittelrhein: Wilhelm, für den Niederrhein: W. Angerstein, für den Nordwesten Deutschlands: Lion, für Kurhessen: Bopphausen, für Thüringen: Haussmann, für Sachsen und die preußische Provinz Sachsen: Götz, für Brandenburg: Dr. Angerstein, für Pommern und Mecklenburg: Dr. Angerstein, für Schlesien und das südl. Polen: Köbel, für Preußen und Posen: Dr. Friedländer. Hirth von Gotha wurde beauftragt, den Fragebogen auszuarbeiten und dann den einzelnen Bevollmächtigten zur Ausfüllung zu senden. 6) Statt Turnpässen und Zeugnissen sollen nur noch einfache Bescheinigungen gegeben werden. 7) Turnen und Politik. Das Turnen kann nur dann seine reichen Früchte entfalten, wenn es als Mittel betrachtet wird, dem Vaterlande ganze und tüchtige Männer zu erziehen, jedwede politische Parteistellung jedoch muß den Turnvereinen als solchen fern bleiben. Die Bildung eines klaren politischen Urtheils ist Sache und Pflicht des einzelnen Mannes. 8) Leitaden für die deutschen Turnschulen. 9) Turnlehrer- und Vorturnerkurse. Hierzu wurden empfohlen für Bayern: München, das mittelrheinische Gebiet: Neustadt a. d. H., für die anderen Turnkreise: Berlin, Leipzig, Dresden u. s. w. 10) Die „Turnzeitung“ unter der Redaktion von Dr. Götz in Leipzig wurde als Organ des deutschen Turnwesens erwählt. 11) Aufforderung an die Regierung für Turnlehrer-Bildungsanstalten und Einführung des Turnens nach deutschem System. 12) Wehrfrage. Das Turnen soll Hauptsache bleiben, jedoch wird Wehrturnen mit Waffenübung solchen Vereinen empfohlen, die genügende Lehrkräfte besitzen.

Großbritannien und Irland.

London. 2. Januar. [Tagesbericht.] Dem verstorbenen Prinzen Albert wird in der Hauptstadt ein Denkmal gesetzt werden. Zu diesem Zwecke beruft der Lord Mayor, nachdem er sich mit den Rothschilds, Barings und anderen Notabilitäten der City, sowie den Aldermen berathen hat, ein Meeting für den 9. d. nach der Guildhall. Ob das Denkmal bloß in einer Statue des Verewigten oder auch in einer seinen Namen tragenden Stiftung bestehen wird, hängt von der Verhüllung des Landes ab. — Dem „Manchester Guardian“ zufolge wird der Prinz von Wales die schon bei Lebzeiten seines Vaters projektierte Winterreise nach Malta, Korfu und die Levante im Laufe des nächsten Monats antreten, auf alle Fälle jedoch vor dem 1. Mai in England zurück sein. — Der Ausweis über die Staatskennnahme des Vierteljahres und des Jahres ergibt, dem Globe zufolge, eine Abnahme von ungefähr 1,150,000 Pf. St. für das letzte Vierteljahr und von ungefähr 3,300,000 Pf. St. für das Jahr. „Diese Abnahme“, bemerkt das ministerielle Abendblatt, „ist fast in jedem einzelnen Falle ausnahmsweise und vorübergehenden Umständen zugiszreiben, und wirft kein ungünstiges Licht auf die Steuerkraft und die allgemeinen Hülfsquellen des Landes“. — In Greenock, an der Mündung des Clyde, sind am Freitag schon 1100 Mann Küstenfreiwillige angelommen, um, im Fall einer Kriegserklärung, zur Vertheidigung dieses wichtigen Punktes bereit zu sein. Man erwartet dort auch zwei der größten Kanonenboote aus Portsmouth. — Von der Flottenreserve haben sich bis jetzt schon 9287 Mann zum aktiven Dienst gemeldet, und sind von ihnen 8229 eingereiht worden. — In den beiden letzten Tagen weigerten sich die Arbeiter, welche bei den großen Kuppen des Ausstellungsgebäudes beschäftigt sind, die Arbeit fortzusetzen, wenn ihnen nicht eine Zulage von 6 Pence bewilligt werde. In Anbetracht der Dringlichkeit und Gefährlichkeit der Arbeit hat man ihrer Forderung nachgegeben. — Die mit der „Afrika“ angekommenen amerikanischen Zeitungen und Briefe sind im Laufe der verwickelten Nacht hier eingetroffen. Die Schnelligkeit, mit der sie aus Queenstown (Irland) befördert wurde, steht in der Geschichte des englischen Eisenbahn- und Postdampferdienstes ohne Beispiel da. Gestern um 3 Uhr früh war die „Afrika“ in den Hafen von Queenstown eingelaufen. 40 Minuten später befanden sich sämtliche Postfelleien bereits auf einem Extratramper auf dem Wege nach Cork. Von da brachte sie ein Expresstrain über Dublin nach Kingstown, wo die ganze Nacht ein Dampfer ihrer gewartet hatte und mit ihnen nach Holyhead fuhr. In Holy-

head stand ebenfalls eine Maschine bereit, und so ging es ohne Zeitverlust fort nach London, wo die Post gestern Abend um 9 Uhr eintraf. Die ungeheure Strecke von Queenstown bis London wurde auf diese Weise in 17 Stunden und 10 Minuten, die von Holyhead nach London (264 englische Meilen) in 5 Stunden 48 Minuten zurückgelegt, einschließlich aller Aufenthalte, die auf dieser vielbefahrenen Linie nicht zu vermeiden waren. — Der Pariser Korrespondent von „Daily News“ behauptet aus guter Quelle zu wissen, daß England und Frankreich überzeugkommen seien, auch im Fall einer gütlichen Beilegung des „Trent“-Streites, der Washingtoner Regierung anzuziehen, daß sie die Blokade der Südstaaten, als eine unwirksame Blokade, nicht länger anerkennen würden.

[Die englische Marine.] Die Admiraltät veröffentlicht ihren Jahresbericht über Stand und gegenwärtige Verpflegung der Flotte. Der Marinebestand ist der großartigste, den England noch besessen hat. Derselbe zählt 856 Kriegsschiffe aller Art auf, und außerdem 150 Linienschiffe und andere Segelschiffe, welche zu Hafendiensten verwendet werden, so daß die Zahl der Kriegsschiffe sich in runder Summe auf 1000 beläuft. Von den 856 Schiffen, die entweder im Bau vorgeschritten oder sich im wirklich aktiven Dienst befinden, sind bloß 154 Segelschiffe, alle anderen führen Dampfmaschinen. Es werden aufgezählt: 81 Linienschiffe von je 74—131 Kanonen; 22 kleinere Linienschiffe oder größere Fregatten mit je 60—70 Kanonen; 33 Schraubenfregatten von je 51 und 10 Segelfregatten von je 51 Kanonen; 57 andere Kriegsfahrzeuge, die je 22—50 Geschüze führen, und von denen die meisten an Tonnengehalt den Linienschiffen gleichkommen; 29 Schraubenkorvetten oder Fregatten von je 22 Kanonen; 317 Schrauben- oder Raddampfern, deren jeder weniger als 22 Geschüze führt, und 185 Schrauben-Dampfschiffen, von denen jedes mit 2 Armstrong-Kanonen bewaffnet ist.

London, 4. Januar. [Teleggr.] „Daily News“ findet die amerikanischen Nachrichten höchst friedlich.

Frankreich.

Paris, 2. Januar. [Über die Reden des Kaisers.] Am gestrigen Tage äußern sich die französischen Blätter ziemlich gleichlautend. Alle sehen in ihnen günstige Vorbedeutungen für die Erhaltung des europäischen Friedens, obwohl einige Angeträts des verwickelten und verworrenen Augenblicks, eine etwas determinirtere Sprache gewünscht hatten. Die „Patrie“ knüpft an die dem Senat ertheilte kaiserliche Rede folgende Bemerkung: „In diesen so bestimmten Worten liegt ein ganzes Programm, welches von

hoch oben herab die Beschränkungen und Deutungen beherrscht, die man dem so fruchtbaren Gedanken der Befreiung unserer konstitutionellen Paktes entgegenzusehen sich versucht fühlen möchte. Wir schließen uns um so mehr diesem weisen und edlen Programme an, indem wir das Vertrauen hegen, die hohe, von dem Patriotismus des Senats unterstützte und von der öffentlichen Gewissheit getragene Initiative des Kaisers werde das große Werk einer starken Regierung in einer freien Nation zu bestreiten und zu entwickeln wissen. Die Bedingungen dieses Werkes hat die „Patrie“ offen in ihrem Artikel: L’Empire constitutionnel, untersucht.“ — Das „Pays“ spricht sich über den Tuilerienempfang in folgender Weise aus: „Vom Charakter des gestrigen Empanges in den Tuilerien nicht überrascht zu sein, ist unmöglich. Gewisse ausländische Blätter thaten, als ob sie den Jahrestag des 1. Januar erwarteten, und einige derselben, welche ihrer extremen Meinung wegen bekannt sind, gingen so weit, Befürchtungen wegen der Tragweite der kaiserlichen Ansprüche auszudrücken. Nun, der Kaiser hat gesprochen. Zu vier verschiedenen Malen hat er geruht, auf die Huldigungen und Glückwünsche der Gefanden Europas und der Vertreter Frankreichs zu antworten. Zu vier verschiedenen Malen war sein Wort ein Wort des Friedens und der Versöhnung zwischen den Königen und den Völkern, zwischen dem konservativen und dem progressiven Elemente der modernen Gesellschaft, zwischen dem Gefühl dynastischer Treue und nationalen Strebens, endlich zwischen Kirche und Staat.“ — Der „Temps“ endlich wünscht, daß die Hoffnung, welche sich in der kurzen Antwort des Kaisers an das diplomatische Corps für die Erhaltung des Friedens befindet, mehr als ein einfacher Wunsch sein möge, daß sie sicherlich auf gründlicher Sachkenntnis beruhe, und daß man deren Bedeutung, wenigstens gewissermaßen auf die gewichtigste Frage des Augenblicks, auf den Konflikt zwischen England und Amerika, übertragen könne.

[Tagesbericht.] Kontreadmiral Brousse ist an Paris' Stelle zum Unterbefehlshaber des Evolutionsgeschwaders ernannt worden. — Der jüngst wegen des Laprade'schen Gedächtnis verwarnte „Correspondant“ erscheint jetzt statt eins, zweimal monatlich. Die politische Chronik verfaßt ihm Leopold de Gaillard. — Lord Cowley war bei dem Empfange in den Tuilerien nicht anwesend. Er wäre verreist, um, wie es heißt, im Namen des diplomatischen Corps die Ansprache nicht an den Kaiser richten zu müssen. — Es sollen neuerdings Unterhandlungen zwischen der Regierung und den Vinzenzvereinen gepflogen werden. Man hat letzteren den Vorschlag gemacht, sich unter dem Präsidium des Erzbischofs von Paris zu rekonstituieren. Die Vereine haben bis jetzt noch nicht zugestellt. — Die „Patrie“ theilt folgendes mit: „Da General Garibaldi in einem von den italienischen Journals veröffentlichten Schreiben sich kürzlich gegen die Muratisten verlegenden Ausdruck bedient hat, so hat Prinz Murat diesen Journals eine Protestation zugehen lassen, worin er erklärt, daß, wenn er Anhänger habe, diese keinen Vorwurf verdienen, indem sie das von ihm selber vorgeschriebene Verhalten beobachten, nämlich nie ein Element der Unordnung zu sein und niets den Volkswillen zu achten.“

[Preßstimmen über Preußen.] Man folgt hier in allen liberalen Kreisen mit Spannung der Entwicklung der preußischen Zustände, welche nicht ohne Rückwirkung auf das übrige Deutschland und in letzter Instanz auch Frankreich bleiben kann. Die neueste Nummer der „Revue des deux Mondes“ bringt einen Artikel von G. Simon über die Stellung und die Bestrebungen der verschiedenen Parteien in Preußen, der sich vor Allem gegen die sündige Partei wendet und aussübt, daß ihr Sieg Preußen in naher Zeit den ernstesten Verwicklungen entgegenführen würde. — Das „Pays“ bringt einen Artikel über die preußischen Wahlen, in denen es eine friedliche Aufführung der hochherzigen Gestimmen eines jungen und lebenskräftigen Volkes erblickt, wie sie einem seiner liberalen Einrichtungen würdigen Lande geziemt. Von der Loyau-

sität der Regierung sei zu hoffen, daß sie, wenn auch nach einigem Zögern, die Bedeutung dieser Kundgebung anerkennen werde. Das „Pays“ sieht dann auseinander, welchen Einfluß die gängliche Niederlage der Junkerpartei auf die preußischen und deutschen Verhältnisse üben müsse. Man sehe den Debatzen mit großer Spannung entgegen, und es sei zu hoffen, daß auch die Differenz wegen des Militärbudgets durch Mäßigung und Klugheit von beiden Seiten eine Lösung finde, welche dem Lande zur Befriedigung und der Regierung zur Ehre gereiche. Nur wenn in Preußen, das noch so jung in dem konstitutionellen Leben sei, von beiden Seiten ein wohlwollender Geist walte, könne es der Erfüllung der ihm klar vorgezeichneten großen Bestimmung entgegengeführt werden.

Paris, 3. Januar. [Tagesbericht.] Gestern sand im Thronsaale der Tuilerien der Neujahrsmpfang der Offiziere der Nationalgarde, so wie der Land- und Seearmee statt. Der „Moniteur“ zählt heute alle die Chargen auf, welche sich dabei dem Kaiser haben vorstellen dürfen. — Das französische, nach Merito bestimmte Expeditionsge schwader ist am 9.—11. Dezbr., wie dem „Moniteur“ aus Fort de France gemeldet wird, in Martinique angekommen. — Aus St. Thomas vom 15. Dez. wird gemeldet, daß das französische Transportschiff „Ressource“ 40 Meilen von Valparaiso Schiffbruch gelitten habe und von den 600 an Bord gewesenen Personen nur 5 gerettet worden seien; ferner, daß die französische Brigg „Bazar“, als sie die Blokade von Buenaventura brachen wollte, auf den Strand gelaufen und total zertrümmt sei.

Das Ministerium des Innern interessiert sich jetzt lebhaft für das Zustandekommen zweier unter einer gemeinsame Direktion zu stellenden satirischen Blätter. Das eine, „Le Corsaire“, soll des Morgens, das andere, „Le Pilote“, des Abends erscheinen, um den Feinden des Systems Verlegenheiten und der „Patrie“ Konkurrenz zu bereiten. Herr Grenier vom „Constitutionnel“ wird zur Redaktion des „Corsaire“ detachirt und durch Herrn Joncires, bisher an der „Patrie“ in den Büros des Dr. Béron, ersetzt werden. Herr v. Richemont, Senator und mit Persigny sehr befreundet, ist einer der Hauptaktionäre dieses publizistischen Unternehmens. — Wegen der großen Explosion im Casino der Rue Cadet soll die Anwendung des portativen Gases innerhalb Paris verboten werden. — Seit einigen Tagen erregt es in Paris großes Aufsehen, daß vom letzten Montag an hier die „Kölner Zeitung“ nicht mehr ausgegeben wurde.

Belgien.

Brüssel, 4. Januar. [Teleggr.] Die „Indépendance“ hat Berichte aus Lissabon, nach welcher der König leidend und die Lage daselbst eine sehr trübe ist. — Dasselbe Blatt enthält Privatberichte aus London, die für den Frieden günstig lauten.

Schweiz.

Bern, 4. Jan. [Der Kaiser Napoleon] hat beim Empfang am Neujahrtage zum diesseitigen Gefunden Dr. Kern geagt, er hoffe, daß die früheren Beziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz im neuen Jahre wiederhergestellt werden können. Schließlich sagte der Kaiser: Sagen Sie dem Bundesrathe, daß ich dies aufrichtig wünsche. (Teleggr.)

Italien.

Turin, 2. Jan. [Tagesnotizen.] Der König von Italien hat dem Baron Riccioli zu Neujahr zwei prachtvolle Vasen geschenkt, und der Kunstverein, der 800 Mitglieder aus den ersten Kreisen Turins zählt, den Ministerpräsidenten zu seinem Vorsitzenden erwählt. — Der römische Fürst Piombino, der aus Rom ausgewiesen wurde, ist zum Senator des Reiches und zum Kommandeur des St. Moritz- und Lazarus-Ordens ernannt worden. — In einem Florentinischen Lokalblatt ist eine Übersicht der italienischen Marine erschienen, nach welcher Italien im Frühjahr nicht weniger als 58 Kriegsschiffe mit 1100 Kanonen nebst 26 Transportschiffen, Avisoos und 6 Kanonenbooten für die lombardischen Seen kriegsfertig haben würde. Es herrscht große Thätigkeit in den italienischen Arsenalen, denn von dieser Armada sind in diesem Augenblick nur 15 Schiffe vollständig kriegsfertig, unter denen sich auch die beiden neuen gepanzerten Batterien „Il Terribile“ und „Il Formidabile“ befinden. — In dem Redakteur des „Espresso“, Paolo Emilio Niccoli, hat die periodische Presse in Turin eines ihrer hervorragendsten Mitglieder verloren. Niccoli war Bediensteter an der Bibliothek Brera zu Mailand, wo er gegen Ende 1847 wegen liberaler Tendenzen verhaftet ward; nach der Schlacht bei Custozza gelang es ihm, nach Turin zu entkommen. Er wurde da zuerst bei der Redaktion des „Lombardo“ verwandt und trat dann in den „Espresso“ über, welches Journal er bald als Eigentum erwarb und leitete. Er besaß gründlich literarische Bildung, und hatte u. A. eine Übersetzung des ersten Theiles von Macaulay's „Geschichte von England“ geliefert; schon längere Zeit litt er an Brustbeschwerden, und starb in einem Alter von etwa 40 Jahren. — In Pisa gaben die dortigen griechischen Studenten ihrem Landsmann Rigopoulos zu Ehren ein Bankett, dem auch italienische Studenten beiwohnten und wo bei es an Verbrüderungsstaaten u. dergl. nicht fehlte. — Ein Telegramm aus Cosenza meldet, daß die Bande des Tivola von der Nationalgarde vernichtet wurde. — Aus Palermo wird berichtet, daß die Marineaushebung ganz gut von Statten gehe. — Aus Palermo, 24. Dezbr., wird gemeldet: Gestern wurden in Monreale sieben Personen verhaftet, unter ihnen der bekannte Miceli, eines der Hauptwerkzeuge der Reaktion im April 1849.

Turin, 3. Januar. [Das Ministerium.] Gestern hat eine Versammlung der Majorität der Kammerdeputirten stattgehabt. In derselben legte Riccioli die Schwierigkeiten dar, das Ministerium zu ergänzen; er glaubt, daß das gegenwärtige Kabinett den Anforderungen des Staats genüge. Mehrere Deputirte unterstützten das Ministerium, es kam jedoch zu keiner Entscheidung. (Tel.) — [Aus der Kammer; die Anlethe; Garibaldi.] Die Deputirtenkammer hat ihre Sitzungen wieder eröffnet. Boschi hat sein Mandat niedergelegt. Ratazzi theilte die Neujahrsansprache des Königs an die Deputation des Parlaments mit. Der König hat darin gesagt, er hege das Vertrauen, daß die Einigung zwischen Krone und Volk immer feststehen bleibe; wenn die italienische Sache aus allbekannten Gründen keine großen Fortschritte im verflossenen Jahre hat machen können, so hoffe ich, daß das neue Jahr ihr günstiger sein wird. — Die Börse hat sich an der Anlethe nicht beteiligt. — Garibaldi hatte, wie die Zeitungen melden, anfangs die Kommission des neuen Zentral-Ausschusses von Genua nicht vorlassen wollen, dann ihr aber doch Gehör geschenkt und ver-

sprochen, die Thatachen in Erwägung zu ziehen. Darauf hat er an Avezzana geschrieben und erklärt, er wolle mit dem neuen Ausschus nichts zu schaffen haben; Avezzana möge einen anderen Ausschus bilden. Zugleich hat er dem alten Ausschus verboten, irgend ein Schriftstück ohne vorherige Genehmigung an den neuen auszuteilen. — [Ausruf.] In Poggio a Cajano (Toscana) erschien vor einigen Tagen folgender anonymer Ausruf: „Die Stunde der Enttäuschung hat geschlagen. Die großen Verheiungen Piemonts haben sich nicht realisiert. Man hat euch nichts gegeben, als bedrückende Steuern, Konkription und Elend. Die Frucht eures Schweißes wird nicht mehr genügen, eure Familie zu ernähren, da ihr Steuern damit zahlen müßt. Und euch, die ihr keinen Stellvertreter bezahlen könnt, wird man den einzigen Sohn aus den Armen reißen, um ihn in einen ungerechten Krieg zu schicken, gegen Gott und gegen euren rechtmäßigen Souverän, denselben Souverän, den ihr die ersten wartet zu proklamieren, als er im Jahre 1849 auf den Thron seiner Vorfahre zurückkehrte. Warum noch länger warten? Rufen wir einstimmig: „Zu den Waffen!“ Kampfen wir für die Sache unseres Souveräns, und Gott wird unser Unternehmen segnen. Es lebe Ferdinand IV!“

Napel, 26. Dezbr. [Neue Guerillabanden.] Der Ostr. 3. wird von hier geschrieben: Wie es vorausgesahen war, ist der Auflösung des Vorgesetzten Korps eine Abnahme des Brigantaggio in der Basilicata, dafür aber ein Wachsen in den übrigen Provinzen sofort gefolgt. Die Guerilla's, welche aus allen Theilen des Landes zu Borges gezogen waren suchen sich jetzt den Weg nach ihren früheren Schlupfwinkeln, in denen sie Monate lang allein gesuchten haben, zurückzubauen. Die Banden des Monte Gargano, welche auf ihrem lühnen Zuge nach der Basilicata großen Schrecken verbreiteten, sind zurückgekehrt, und die bekannten Chefs Cipriani und Crescenzo stehen wieder in den Bergen von Nola und Cervinara. Die Lage ist ungefähr dieselbe, wie vor dem Auftreten des Borges. Die Gefchte, welche bald aus dieser, bald aus jener Provinz gemeldet werden, sind zwar nicht bedeutend genug, um der Regierung irgend welche ernste Besorgnisse einzuflößen zu können, aber doch ist ja hartnäckig, daß sie die Erfolglosigkeit der bisher zur Verbesserung des Landes gemachten Anstrengungen deutlich beweisen. Die letzte derartige Affäre fand zwischen Cervinara und Montesarchio statt. Cipriani hatte Cervinara genommen und suchte, mit Beute und Lebensmitteln reich beladen, seine sicheren Berge, in denen er in einem bequemen Hüttenlager gegen die Strenge des Winters ganz leidlich geschützt ist, wieder zu erreichen, wurde aber unweit Montesarchio von einem Besatzungsbataillon und der Nationalgarde eingeholt und zum Kampfe gezwungen. Sein Korps bestand aus etwa 200 Mann, und die Besiegliert selbst waren erstaunt über die Schnelligkeit und Sicherheit, mit der auf ein Signal sich die beim Essen überraschten „Briganti“ sammelten und eine Schürenkette bildeten. Von mehreren Seiten zugleich angegriffen, mußten die Königlichen mit einem Verlust von 43 Toten oder Verminderten das Feld räumen. 9 Gefangene, die sofort in St. Martino erschossen wurden, 8 Pferde und einiges Gepäck mit den Papieren des Brigant, fielen den Besiegliert in die Hände. Andere, weniger bedeutende Gefchte wurden am 16. und 17. bei Ascoli, auf dem Gargano und im Bosco Dragonara gefiebert. Auch Crescenzo hat vor 3 Tagen bei Palma eine Niederlage, die ihn zur Flucht nach dem Monte S. Angelo zwang, erlitten. Der Schaden, welchen der Winter den Austräubenden zufügt, wird durch die Fahnenflüchtigen, welche sich der Aushebung entziehen wollen, reichlich erlebt. Das neue Amnestiedekret für die Deserteure der früheren Aushebungen ist viel zu unvollständig, um eine irgend erhebliche Wirkung äußern zu können. Wenn es den Guerillaführern nur gelingt, sich bis zum Frühjahr zu halten, so kann man daraus rechnen, daß die Deserteure und die Unzufriedenen, welche die neu auferlegten Steuern nicht zahlen wollen, ihnen in Masse zustromen werden. — Wie aus Rom gemeldet wird hat General Borges bereits einen Nachfolger bekommen. General Cristiani, gleichfalls ein Spanier, übernimmt den Befehl über die reaktionären Banden im Königreich Napel. Vor seiner Abreise von Rom hat er mehrere geheime Zusammensetze mit neapolitanischen Emigranten gehabt, welche noch an den Sieg der Sache Franz II. glauben. — Aus Ascoli, 27. Dez., meldet die „Trierster Zeitung“: Gestern haben die Besiegliert den vernichtigen Briganten Perni von Verri, genannt der Schweizer, welcher am 23. Sept. auf die Nationalgarde von Aquasanta feuerte und einen anderen Namens Izi Luigi, genannt Sartoriello, festgenommen. Da beide während des Transports entflohen wollten, so wurden sie von der Esforta niedergeschossen. — „Popolo d'Italia“ schreibt: Wir haben Nachrichten aus der Basilicata. Während sich einerseits viele Briganti den Ortsbehörden stellen, tauchen an anderen Punkten neue auf. Im Walde von Policaro treiben sich gegen 300 herum.

Rom, 1. Jan. [Die Besiegung Alatri's; Neujahrsmpfang des französischen Offizierkorps.] Über die Besiegung Alatri's schreibt die „König. 3.“: Es ist dies eben der Grenzort, über den die bourbonischen Banden ins Neapolitanische driften zu werden und wo die Bandenführer Geld und Munition zu empfangen pflegen. Die Italiener hatten der päpstlichen Regierung bekanntlich wiederholt Schuld gegeben, daß sie direkt dabei die Hand im Spiele habe. Der Kardinal-Staatssekretär hat (wie schon telegraphisch erwähnt) sich lebhaft der Besiegung Alatri's durch die Franzosen widergesetzt und erklärt, die päpstliche Regierung werde dies als einen Gewaltstreich betrachten und zu dieser Besiegung niemals ihre Einwilligung ertheilen. Der Telegraph sagt uns nicht, ob Goyon nachgegeben hat. — Bei dem Neujahrsmpfang in Rom beglückwünschte der Oberbefehlshaber der französischen Oktupationsarmee, als er dem Papste die französischen Offiziere vorstelle. Se. Heiligkeit; auch sprach er die Gefüße der Churfürst und Ergebenheit aus, welche die französischen Offiziere und Soldaten gegen den heiligen Vater hegten, und bat schließlich um den apostolischen Segen für sie. Pius IX. sagte dem General Goyon Dank für die kundgegebenen Empfindungen, und fügte hinzu, er, der Papst hoffe, daß die Anwesenheit der französischen Soldaten in Rom die Vollführung einer That verhindern werde, welche so irreligios wie unpolitisch sein würde. Schließlich ertheilte der Papst dem Kaiser, der kaiserlichen Familie und der gesamten französischen Armee den apostolischen Segen. Die telegraphische Depesche, der wir diese Anspruch entlehnen, läßt nicht deutlich errathen, welche That Se. Heiligkeit gemeint habe, doch meldet eine andere romische Depesche, die in Turin am Neujahrsmpfang des französischen Offizierkorps teilnahm, daß der Papst die französischen Offiziere und Soldaten gegen den heiligen Vater gehabt habe, und daß er die Anwesenheit der französischen Soldaten in Rom die Vollführung einer That verhindern werde, welche so irreligios wie unpolitisch sein würde. Schließlich ertheilte der Papst dem Kaiser, der kaiserlichen Familie und der gesamten französischen Armee den apostolischen Segen. Die telegraphische Depesche, der wir diese Anspruch entlehnen,

jahrsabend eintraf, daß das römische Nationalkomite am 1. Jan. eine Kundgebung machte, indem es die Erklärung bekannt gab, die Emissarienten von römischen Konsols, welche die päpstliche Regierung seit dem 29. März 1861 vorgenommen, würden niemals durch die italienische Regierung anerkannt werden; von dem Tage an, wo das italienische Parlament Rom zur Hauptstadt Italiens erklärt, habe die weltliche Macht der Päpste ihre rechtliche Existenz verloren." — Folgendes ist nach einer Korrespondenz des "Monde" aus Rom der Hauptinhalt der Anrede, welche der Papst an General Goyon und die durch diesen ihm vorgestellten französischen Offiziere gerichtet hat: "Indem ich Sie um mich erblicke, denke ich an König David, der auch durch seinen Sohn beraubt, feig verrathen und genötigt war, die Heuchelei, die Lüge und Schlechtigkeit seiner Feinde über sich ergehen zu lassen. Aber, wie ich, sah er mutige Ehrenmänner um sich, welche der Verführung widerstanden hatten und ihn fragten: 'Wo willst Du, daß wir hingehen?' Ich werde sprechen, wie David: 'Meine Zeit ist noch nicht gekommen'; aber so wie Absolon mit seinem stolzen Haupte an den Zweigen eines Baumes hängen blieb, so auch werden zulegt die Unternehmungen der gegenwärtigen Gottlosigkeit und Heuchelei zu Schanden werden, und wir werden zusammen in die von unseren Feinden gewaltsam entrissten und tyrannisierten Provinzen zurückkehren. Diese Provinzen gehören unveräußerlich dem heiligen Stuhle an, und ich werde nichts davon abtreten, weil es mir nicht gestattet ist, das Gut der Kirche, welches das Unterpfand der Freiheit und der Unabhängigkeit des Statthalters Christi ist, aufzugeben. Ich sage mit Zuversicht: 'Wir werden in diese Provinzen zurückkehren. Bin ich dann nicht selber bei Euch, so wird es derjenige sein, der nach mir auf diesem Stuhle (dabei deutete Pius IX. auf den hinter ihm befindlichen Thron) sitzen wird, denn Simon stirbt, aber Petrus ist ewig.'

— [Liverani's Brief.] Die italienischen Blätter bringen folgendes Schreiben des Msgr. Liverani an den Papst Pius IX.: "Heiligster Vater! Obgleich ich fühle, daß ich bei Ew. Heiligkeit nicht in Gnaden stehe, halte ich mich doch der persönlichen Pflichten der Erfurcht, die ich einem solchen Vater und Herrn schuldig bin, nicht entzogen, und ich werde zur Erfüllung dieser Pflichten nicht allein in meiner Eigenschaft als einer der sieben Protonotare des apostolischen Stuhles, sondern auch durch die Überzeugung ermutigt, daß diejenigen, die ihre Gnade verloren, nicht die Unwürdigsten, wie jene, welche sie behalten, nicht auch die Würdigsten sind. Ich sollte von Glück reden, doch welche Spur davon fände ich in Ew. Heiligkeit Umgebung und in der meinigen, so daß meine Worte nicht als Ironie oder Wahn erschienen! Versöhnen Sie Sich mit ihren Kindern, dies ist der einzige Wunsch, der dem Herzen eines Vaters würdig und zugleich Gottes Wille ist. Ich spreche diesen Wunsch aus, indem ich Ihnen zu Füßen werte und um ihren apostolischen Segen flehe. Florenz, 23. Dezember 1861. Ew. Heiligkeit unterthänigster, allergehorsamster, ergebenster Untertan und Sohn Francesco Liverani, Prälat und apostolischer Protonotar."

Spanien.

Madrid, 3. Jan. [Teleggr.] Das mexikanische Expeditions geschwader wird auf den General Prim warten.

Portugal.

Lissabon, 3. Jan. [Teleggr.] Den Cortes ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, welchem zufolge die Prinzessinnen des Herrscherhauses für befähigt erklärt werden, eintretenden Falles den Thron zu besteigen. Ein anderes Gesetz bestimmt, daß, falls der gegenwärtige König, Dom Luis, sterben sollte, sein Vater, der König Ferdinand, zum Regenten zu ernennen sei. In der Hauptstadt herrscht Ruhe.

Rußland und Polen.

Petersburg, 27. Dez. [Michailoffs Verurtheilung.] Das Urteil über Michailoff ist gestern früh um 7 Uhr an demselben vollzogen worden. Der Kaiser hat die Sentenz der Kriminal Abtheilung des dirigirenden Senats von 12 Jahren schwerer Strafarbeit in Sibirien auf 6½ Jahre Verbannung nach Sibirien herabgesetzt, sonst aber der für die Exekution üblichen Form ihren Lauf gelassen. Der Vollstreckung des Urteils ging Tagz vor einer "öffentlichen Ankündigung" von Seiten der hauptstädtischen Polizeibehörde voraus. Diese Ankündigung lautet: "Am 14./26. Dez., 8 Uhr Morgens, wird auf dem Platze vor dem Kronwerke, auf der Petersburger Stadtseite, das Urteil des Reichsrathes über den verabschiedeten Gouvernementss-Sekretär Michail Michailoff öffentlich verkündigt werden, nach welchem derselbe wegen böswilliger Verbreitung von Schriften, an deren Abfassung er sich betheiligt und welche den Zweck und die Absicht hatten, eine Verschwörung gegen die Regierung hervorzurufen, durch welche die Grundpfeiler des Reiches erschüttert worden wären (eine Absicht, deren verderbliche Folgen zu verhindern, nicht mehr von Michailoff abhängt) zu schwerer Strafarbeit in den Bergwerken auf 6 Jahre verurtheilt wird." Bei der Vollstreckung des Urteils waren nur wenige Menschen gegenwärtig und auch diese kounten bei dem Halbdunkel der frühen Morgenstunde nicht viel sehen. Michailoff wurde auf ein Schafott gestellt, ihm ein Degeu über dem Kopfe zerbrochen und, nachdem er 10 Minuten am Prangerpfahl gestanden, sofort nach Sibirien geschickt. (R. P. B.)

— [Die Studenten; Militärisches.] Die 400 in Freiheit gesetzten Studenten sind in drei Klassen getheilt; die kleinste Zahl derer, welche den Manifestationen im September und Oktober Politik beimischen wollten, sind für vier Jahre aus der Hauptstadt verbannt und unter Polizei-Aufsicht gestellt; die, welche Widerstand in den Straßen gegen die Obrigkeit geleistet, werden auf ein Jahr internirt. Die große Majorität, welche sich nur der Vergehen gegen die Reglements schuldig gemacht hat, ist amnestirt und die Präventivhaft ihr als Strafe angerechnet. — Man spricht von bevorstehender Reform der Truppen-Uniformirung; den engen Uniformrock soll ein weiterer bequemer Paletot (Kasakin) ersehen und den schweren unbefülllichen, dem preußischen nachgebildeten Helm mit Blitzebleiter und Rosschweif das leichte französische Käppi. (H.B.H.)

Petersburg, 4. Jan. [Teleggr.] Das "Journal de St. Petersburg" reproduziert die von der "Indépendance belge" mitgetheilte Korrespondenz aus Warschau, welche meldet, daß Biakobrzeski zum Tode verurtheilt worden sei, fügt aber hinzu, es sei gewiß, daß das Urteil nicht werde vollzogen werden. — Dem Vernehmen nach hat Russland gleich beim Beginn des anglo-ame-

rikanischen Streites seinen ganzen Einfluß in Washington zu Gunsten des Friedens aufgeboten und neuerdings Schritte in diesem Sinne gehan.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Jan. [Militärisches.] Die "Flensh. Ztg." sagt: "Von hier, von Korsör und von Nyborg, ist jetzt der größte Theil des schweren Geschützes und des Kriegsmaterials nach verschiedenen Punkten der Halbinsel abgegangen, welches nothwendig ist zur Ausrüstung der dort angelegten fortifikatorischen Werke. Bedeutende Transporte von Pulver werden nächstens nachfolgen. Anfang des Frühlings werden sämtliche Verschanzungen im vollständigen Vertheidigungszustand gesetzt sein. Von einer Einberufung der Armee und Aufstellung derselben in der Dannewirkfestung verlautet dagegen in wohlunterrichteten Kreisen noch nichts, und die desfälligen Nachrichten einiger Provinzialblätter entbehren der Zuverlässigkeit. Vor einer Überrumpfung wie die des Jahres 1848 würde Dänemark durch eine stärkere militärische Besetzung Südholsteins und Lauenburgs gesichert sein, ohne zur Verhinderung derselben, wie jene Blätter annehmen, die ganze Armee in der Dannewirkfestung verwenden zu müssen."

Türkei.

Konstantinopel, 28. Dezbr. [Personalien.] Riza Pascha wurde die Rückkehr hieher gestattet. — Der persische Gesandte ist angelommen. — Mehmet Kiprisli Pascha soll zum Minister ohne Portefeuille ernannt werden.

Griechenland.

Athen, 21. Dezember. [Hochverratssprozesse; eine Schmähchrift; zur Presse.] In Sachen der Maiverschwörung ist endlich auch der Spruch des höchsten Gerichtshofes Griechenlands erfolgt. Die beiden Majore Simbrakalis (Artillerie), und Bozzaris (Infanterie), wurden für schuldlos erklärt; die übrigen Angeklagten, noch zehn an der Zahl, dem Schwurgerichte überwiesen. Die des Hochverrats angeklagten Unteroffiziere von der Kavallerie sollten vergangenen Donnerstag von dem hier tagenden ersten Kriegsgerichte abgeurtheilt werden, doch wurde, angeblich wegen Erkrankung eines Mitgliedes desselben, die Verhandlung dieser vielbesprochenen Angelegenheit auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Bericht des mit der Untersuchung dieses Skandals beauftragten Oberstlieutenants lautet übrigens völlig zu Gunsten der angeklagten Unteroffiziere, inssofern als die denselben zur Last gelegte Absicht des Königmordes nicht nachgewiesen werden konnte, weshalb auch der berichterstattende Offizier beantragte, die zur Haft Gebrachten bis auf Weiteres frei zu geben. Dieser Bericht erschien, wahrscheinlich durch Berath des Dienstgeheimnisses, vor einigen Tagen im Drucke, zugleich mit einem Vorworte an das Publikum, worin alle in letzter Zeit entdeckten Verschwörungen als bloße Hirngespinsten und Erfindungen der Minister bezeichnet wurden, welche durch diese Kunstgriffe sich am Nuder erhalten wollten. Die Krone dieser skandalösen Druckschrift bildet die Veröffentlichung einer Erklärung der Belastungszeugen und Mitschuldigen Lombardea an die Kommandantur der Hauptstadt. Lombardea erklärt nämlich, daß alles, was ich im Verhöre aussagte, bloß in Folge höheren Willens geschah, und ich hierzu durch Versprechungen von Beförderung u. s. w. bewogen wurde, daß somit alles Ausgesagte unwahr ist." Die ganze Schmähchrift wurde auf Befehl des Staatsprokurators konfisziert, jedoch, wie gewöhnlich, nachdem Federmann von ihrer Kenntniß genommen hatte. — Ein neues Oppositions-Journal, "Die Constitution", hat im Laufe dieser Tage das Licht der Welt erblickt, um sogleich mit Beschlag belegt zu werden. Das Blatt "Fos" bemerkte hierzu, daß man bis jetzt behauptete, die Konstitution existire nur auf dem Papiere; allein dies sei augenscheinlich unrichtig, indem die Verfassung auch auf dem Papiere nicht geduldet werde. (R. B.)

Afien.

Bombay, 12. Dez. [Nena Sahib; Verurtheilung.] Zu Kurratchi war in dem Augenblicke, wo der Dampfer abging, ein Mann verhaftet worden, in dem ein ehemaliger Diener Nena Sahibs seinen früheren Herrn wiedererkannte. Der angebliche Nena Sahib war als Kaufmann aufgetreten. — Salabut Khan, der Mörder des Majors Burton, zum Tode verurtheilt, wird in Rotah gehängt.

Amerika.

Newyork, 14. Dezbr. [Die Kriegsführung und die Sklavenfrage.] Der "Boss. Ztg." wird geschrieben: "In Betreff der Kriegsführung gegen die Rebellen treten in Washington zwei entgegengesetzte Ansichten immer schroffer einander gegenüber, und die Verhandlungen des Kongresses werden entscheiden müssen, welche von beiden den Sieg davonträgt. Die einen, und an ihrer Spitze steht der Präsident, wollen den Plan des alten General Scott durchführen und den Süden durch vollständige Absperrung zwingen, die Waffen zu strecken, wobei zugleich den etwa unterworfenen Distrikten alle Wohlfahrt des Geiegs und der Verfassung angeboten werden soll; die Anderen verlangen, daß unsere Armee in das Land des Feindes marschirt und den Krieg als Krieg führt. Parallel mit diesen verschiedenartigen Forderungen läuft die Stellung beider Parteien zur Sklavenfrage. Besonders erwähnenswerth ist es, daß jetzt auch die höchstherrschenden Offiziere in der Armee auf ein energetisches Vor gehen dringen. Das Alter und das Ansehen des Generals Scott, des Helden des mexikanischen Krieges, hielt die Offiziere bisher von der Neuzeitung eines solchen Verlangens ab. Der neue Obergeneral dagegen, der durch nichts weiter als einige erfolgreiche Scharmügel in Westvirginien zu Anfang des Krieges zu seiner jetzigen Stellung gelangt ist, soll seinen Ruf erst bewahren, was freilich nicht durch ein müßiges Stilllegen geschehen kann. Mit vollem Rechte welsen übrigens die Vertheidiger einer schnellen und entschiedenen Kriegsführung darauf hin, daß die Rebellen selbst von den dargebotenen Wohlthaten nichts wissen wollen. So wird z. B. in einem Charleton Blatte berichtet, daß kleine Truppenabtheilungen unter dem Schutz der Nacht auf die Pflanzungen in der Nähe von Port Royal geschickt werden, um alle dort befindlichen Vorräthe an Baumwolle, Korn u. s. w. zu verbrennen. Es ist daher nicht, wie früher angenommen wurde, wahr, daß die Feuersbrünste, welche unsere Truppen allnächtlich wahrnehmen, von Marodeuren oder von zurückgebliebenen Sklaven herrühren. Es ist daher vollständig richtig, daß durch solche Bestrafungen von feindlichem Gebiet, wie bei Hatteras und Port Royal, nichts Wesentliches erzielt wird. Es wird ferner angeführt, daß die Lasten einer solchen Kriegsführung mit der Zeit unerschwinglich werden und schon jetzt werden Stimmen laut, daß der Kongress keine weiteren Gelder zur Fortsetzung einer solchen Kriegsführung bewilligen solle. Endlich berichten Korrespondenten aus Frankreich, England und Deutschland, daß dort das Vertrauen zu dem endlichen Siege der nördlichen Staaten immer mehr im Sinken wäre, und daß man bereits anfüge, sich daran zu gewöhnen, die Trennung der alten Union als ein fikt accopliti zu betrachten. Dieselbe Meinung herrscht, wenn möglich, in noch viel höherem Grade unter den Soldaten. Wir haben nur Freiwillige, und alle ohne Ausnahme haben in dem Glauben zu den Waffen geprägt, daß der Krieg binnen zwey Jahren beendet sein würde. Viele haben Weib und Kind daheim und lehnen sich zurück; jedenfalls aber langweilen sie sich entsetzlich und sehn sich danach, endlich driezuschlagen; sie fühlen, daß es eine Schmach ist, Monate

lang vor dem Feinde müßig zu liegen, und bisher fast nichts als Niederlagen aufzuweisen zu können. Sollte die Regierung auf ihrer jetzigen Politik noch lange verharren wollen, so dürften leicht ernsthafte Aufrisse in der Armee vorfallen. Uebrigens scheint es, als ob im Kongreß die entschiedenere Richtung die Oberhand gewinnen würde. Gegen verschiedene Generale ist laute Klage geführt worden, theils wegen ihrer schlechten Führung, theils wegen der Stellung, die sie in der Sklavenfrage einnehmen. So ist z. B. der jetzt in Missouri kommandirende General Halleck angeklagt worden, weil er in einem Armeebefehl die Zurückweisung der flüchtigen Sklaven geboten hat; der Gouverneur Andrew von Massachusetts hat dem Kriegsminister einen fulminanten Brief geschrieben, weil der am oberen Potomac kommandirende General Stone Truppen des Staates Massachusetts zum Einfangen flüchtiger Sklaven verwendet hätte. Die Debatten über die verschiedenen Emancipationsvorläufe nahmen am vergangenen Donnerstag im Repräsentantenhaus ihren Anfang. Wahrscheinlich wird es zu keiner vollständigen Emancipationserklärung kommen. Man wird die Sklaven aller Rebellen für konfisziert und frei erklären, und den Sklavenhaltern, welche ihre Legalität beweisen können, eine Entschädigung bewilligen. Praktisch ist das Resultat dasselbe. Charakteristisch für den Nationalgeist der Amerikaner aber ist es, wie man von allen Seiten her sich ängstlich bemüht, die außerordentlichen, durch die Rebellion gebotenen Maßregeln mit dem Buchstaben der Verfassung in Einklang zu bringen, anstatt einfach zu erklären, daß in jenem Dokument eine solche Revolution nicht vorgesehen war und daß das souveräne Volk jeder Zeit die Macht und das Recht hat, alle für die Erhaltung seiner politischen und nationalen Existenz nothwendigen Schritte zu tun, gleichviel, ob sie in dem würdigen Pergament vorgezeichnet stehen oder nicht."

[General Blenker und sein Stab.] Aus Washington, 1. Dez., wird der Allg. Ztg. geschrieben: Um 12 Uhr kam Blenker mit mehreren Offizieren seines Stabes. Wir umarmten uns herzlich nach deutscher Sitte. Blenker hat gealbert. Er ist eine hübsche militärische Erscheinung, und sieht aus und benimmt sich, als sei er seit zwanzig Jahren Divisionärgeneral. Sein Gesicht ist wettergebräunt, sein Haar auf dem Bordenkopf etwas dünn, aber nicht ergraut. Er trägt nur einen großen, braunen, ziemlich wilden Schnurrbart. Seine Uniform sieht ihm gut und sein Anstand ist sehr soldatisch oder vielmehr offizierähnlich, mit einem kleinen Anzug vom Theatralischen, der ihm aber gut steht. General Stahel, Kommandeur einer Brigade der deutschen Division, ist ein noch junger Mann, an dessen Kopf und Gesichtsfarbe man sieht, daß er ein Slave ist. Seit er aus Ungarn als Flüchtlings herüberkam, hat er wunderliche Schicksale erlebt, wie sie das Flüchtlingsleben mit sich bringt. Er war in Newyork mit Blenker bekannt geworden und hatte auf dessen Farm gelebt. Als bei Ausbruch der jetzigen Revolution Blenker sein Regiment errichtete, war Stahel sein Oberstleutnant, und er folgte seinem Oberstleutnant Schritt vor Schritt in seiner Karriere. Prinz & Salin ist Oberst in Blenkers Generalstab. Er ist von mittlerer Größe, angenehmem Wesen und etwa 36 Jahre alt. Er ist sehr freundlich, gutmütig und anspruchslos und deshalb sehr beliebt. Sprache er etwas geläufiger Englisch, so würde seine Stellung wohl schon eine höhere sein; allein diese Unkenntniß in der englischen Sprache beschränkt ihn auf die deutsche Division. Oberstleutnant v. Radowitz, als solcher jetzt in den Stab des Generals Mac Leellan versetzt, ist der Sohn des ehemaligen preußischen Ministers und ein noch junger, sehr eleganter und liebenswürdiger Offizier, der bei den Damen und seinen Kameraden sehr beliebt ist. Außerdem war noch ein Hauptmann, ehemaliger preußischer Gardeoffizier, bei Blenker, und ein (natürlicher) Sohn des Königs von Schweden, der früher in Algier diente und nun den Krieg in Blenkens Stab mitmacht."

Newyork, 20. Dez. [Neueste Nachrichten.] Baut Berichten des Neutreuen Bureaus hatte im Staate Missouri eine Schlacht stattgefunden, in Folge welcher, wie man versichert, 1300 von den Unionisten umzingelte Separatisten sich nebst ihrem Gepäck ergaben. Dem Vernehmen nach hatten die Separatisten sich Galveston geräumt. — 120,000 Pfund Baumwolle waren von Beaufort aus in Newyork angekommen, und weitere 400,000 Pfund waren zur Einführung bereit. — Der Vicepräsident Stephens soll ernstlich erkrankt sein. — Es heißt, es werde dem Kongreß der Entwurf eines Vertrages zwischen Mexiko und der Union unterbreitet werden, kraft dessen die Union gewisse Handelsprivilegien und die Erlaubnis gewähren. Truppen durch mexikanisches Gebiet zu befördern. — In Southampton ist eine Post mit Nachrichten aus Chile hatte sich gebessert, indem das Volk Vertrauen zu der liberalen Regierung des Präsidenten Perez hatte. Mit der Kaffee-Ernte in Costa Rica sah es ziemlich schlecht aus; man rechnete auf einen Ausfall von 80,000 Zentnern gegen voriges Jahr. In San Salvador schienen Kämpfe zwischen Kirche und Staat bevorzugehen. — In Buenos Ayres hatte wieder ein Gefecht zwischen der Armee von Buenos Ayres und den Föderalisten stattgefunden. Capriza, der beste Offizier der Föderalisten, wurde schwer verwundet und gefangen und mehrere andere Offiziere wurden getötet.

Militärzeitung.

Aufland. [Die Militärerhöhungen von Finnland.] In der "Allg. Mil. Zeit." findet sich über die Militärerhöhungen Finnlands folgende Mitteilung: Bei der Eroberung Finnlands 1809 wurde dieses Land nicht als Provinz, sondern als Sonderstaat mit dem russischen Reiche vereinigt, indem der russische Monarch den Titel eines Großfürsten von Finnland annahm. Das Land ist demnach auch nur in äußeren Angelegenheiten dem russischen Reiche einverlebt, und Kriege, Verträge, wie sonstige internationale Beziehungen Finnlands finden auf Finnland gleiche Anwendung. Dagegen stützt sich aber die innere Verwaltung auf volle Autonomie. Neben sonst durchaus selbständigen inneren Einrichtungen besitzt dieses Land auch, wenn freilich mehr im Prinzip als in der Wirklichkeit, ein nationales Heer. Es gilt nämlich dasselbst noch die auf dem schwedischen Landtag vom Jahre 1682 angenommene Heeresordnung, welche darin bestellt, daß das ganze Land in militärische Rayons eingeteilt ist, in denen jeder Grundbesitzer einen Soldaten, auf den Strandbezugsungen dagegen einen Matrosen zu stellen hat. Zu diesem Zwecke verdingen sie sich Freiwillige, teilen ihnen ein Stück Land zu und versorgen sie mit den nötigen Geldmitteln und mit Kleidung. Ebenso erhalten die Offiziere statt des Gehalts Ländereien. In Finnland kennt man auf solche Weise keine Rekrutierung, indem das Land nur eine Miliz besitzt, ein System, das sowohl an die englische, als an die russische Heeresordnung vor Peter den Großen erinnert. Seit der Vereinigung Finnlands mit Russland sind die Milizen erst einmal, im Jahre 1854, einberufen worden, indem zur Küstenbewachung 6 Schiffsbooten bataillone formiert wurden. Gegenwärtig besitzt Finnland 9 Battalions angefertigte Truppen und eine kleine Eskadre. Die finnlandischen Festungen sind von russischen Truppen besetzt, deren Unterhalt jedoch nicht vom Großfürsten ihm bestritten wird. Der Landtag ist seit 1809 nicht einberufen worden. Die in einem Zeitraume von 50 Jahren notwendig gewordene Reformen haben indes die baldige Einberufung des Landtages wünschenswerth erscheinen lassen, und ist zur Förderung der Interessen des Landes eine vorläufige Wahlkommission aus zwölf Deputirten der Stände des Großfürstenthums verordnet worden, welche am 20. Januar 1862 zusammentreten soll. — p.

Provinzliches.

Dobrzica, 5. Januar. [Volkszählung; Einbruch.] Das Resultat der Volkszählung am 3. Dez. v. J. ergab in bießiger Stadt folgendes: Die Einwohnerzahl betrug 1088 in 257 Familien, 495 männl., 593 weibl. Geschlecht. Evangelisch waren 358, lath. 595, jüd. 135; nur polnisch sprechen 467, nur deutsch 158 und beide Sprachen reden 463 Personen. Gegen die Zählung von 1858 ergab die damalige im Ganzen 44 mehr, Evangelische 71 mehr, Katholische 23 weniger, Jüdische 4 weniger. — Von einem hiesigen, erst seit einem Jahre aus dem Zuchthaus zu Rawicz nach 15jähriger Strafzeit entlassenen Einwohner wurde mit mehreren Genossen vor einigen Tagen in Rozdrażew ein Einbruch verübt, bei welchem erster verhaftet wurde. Derselbe ist Maurer und hatte den ganzen Sommer über lohnende Arbeit; die Furcht vor dem Zuchthause, dem er nun wohl auf sehr lange angehören wird, scheint demnach bei ihm sehr groß gewesen zu sein. Die Genossen ensprangen.

Neustadt b. P. 5. Jan. [Statistisches; Besiedelung.] In der jüdischen Gemeinde; Schulwesen; Verschiedenes] In der hiesigen evangelischen Parochie sind in verflossenen Jahre geboren 196 Kinder (101 männl., 95 weibl.), gestorben 115 Personen (61 männl., 54 weibl.). getraut 96 Paar, konfirmirt 62 Kinder (31 männl., 32 weibl.). — Am Neujahrstage fand in der hiesigen evangel. Schule die Vertheilung von warmen Kleidungsstückern an 21 arme evangelische Schulkinder statt. Nach einer von Pastor Belyje gehaltenen Ansprache an die Versammlungen wurden die Liebesgaben den Kindern übergeben. Es fehlte auch nicht an einem Weihnachtsbaum. (Fortsetzung in der Beilage.)

Die Mittel zu dieser Bescheerung sind theils vom Getrage des durch den hiesigen Singverein veranstalteten Konzerts, theils vom Pastor Bethge durch Sammlungen in der Stadt und Umgegend aufgebracht worden. — Nach der Uebersicht der Korporationsverhältnisse der hiesigen Synagogengemeinde für das Jahr 1861 befinden sich in derselben 120 selbständige steuerpflichtige Mitglieder. Ende des Jahres 1860 betrugen die Pausiva der Gemeinde 186 Thlr., wovon 50 Thlr. im Laufe des Jahres 1861 getilgt worden sind. Im Laufe des vorigen Jahres ist ein Gemeindemitglied aus dem Korporationsverbande geschieden, von welchem jedoch kein Abfindungsgebot gefordert werden konnte, weil dasselbe bereits von derjenigen Gemeinde, welcher es früher angehörte, abgelöst hatte. — Von der israelitischen Schulsozietät sind 557 Schulbeiträge aufzubringen. — An der hiesigen evang. Schule soll ein zweiter Lehrer angestellt werden, und sind zu diesem Behufe 120 Thlr. an jährlichem Gehalt von der Schulsozietät bewilligt worden; freilich zu wenig, um dem Lehrer eine Christen gründen zu können. — In Kudzin (2 Meilen von hier) soll eine neue evang. Kirche erbaut werden; es werden bereits die Unterhandlungen gepflogen und soll diese Kirche ihren eigenen Kirchenpreis erhalten. — Auch wird darüber unterhandelt, in Chrapplewo (1 Meile von hier) eine neue evang. Schule einzurichten. Bis jetzt wird die Schule, welche der Besitzer von Chrapplewo, Oberamtmann Nobiling, ins Leben gerufen, von demselben allein unterhalten. Die Regierung strebt indeß dahin, diese Schule in eine öffentliche umzugehören. — Am zweiten Weihnachtstage kam es auf der Vorstadt Lecon zwischen zwei Brüdern (Tagelobnern) zum Streit. Der eine von ihnen zog bei der Gelegenheit ein Messer und brachte dem andern solche Verwundungen bei, daß der Unglückliche einige Tage darauf starb. — Seit vorgestern haben wir vollständigen Winter mit ziemlich hohem Schnee. Auf der Landstraße hat der Wind hohe Schneeverberge zusammengeholt, und ist dadurch die Passe auf vielen Stellen unmöglich geworden, so daß die Posten hier verpästet eingetroffen sind.

r Wollstein, 4. Januar. [Die hielige Blinden-Unterrichtsanstalt] hat zum Schlusse des Jahres wieder drei Jöglinge (nach Posen, Braunschweig und Dornum) entlassen, welche hier eine vollständige Ausbildung erhalten haben. Auch für das fernere Fortkommen dieser (erwachsenen) Personen hat die Anstalt, trotz ihrer höchst beschränkten Mittel, noch aufs Beste gesorgt, indem jeder der Entlassenen mit neuer, auf Jahre ausreichender Kleidung und Wäsche, mit Arbeitsmaterial und vollständigem Handwerkszeug versehen wurde, und außerdem zu seiner ersten Einrichtung noch zwei Thaler baar erhielt, auch sämtliche als Probestücke gefertigte Arbeiten (gegen 20 an der Zahl) als Eigentum mit in seine Heimat nehmen durfte, so daß die Ortsbewohner und andere sich dafür Interessirende von der Fähigkeit und Tüchtigkeit der Entlassenen sich durch den Augenblick überzeugen können. Gott gebe dieser wohlthätigen, in unserer Provinz einzigen Anstalt auch im neuen Jahre Segen. Gönner und Freunde, bei ihren bedrängten finanziellen Verhältnissen bedarf sie alles dessen gar sehr!

r Wollstein, 5. Jan. [Unglückfall; Hopfen; jüdische Schule in Bentschen.] Vergangenen Freitag hatte ein Tagelöhner auf dem Domminium Obra das Unglück, sich an der Dreschmaschine den linken Arm bis nah an den Ellenbogen zu zerquellen, so daß eine Amputation des Armes erfolgen mußte. — In Folge von Kaufanträgen aus Baiern, das wiederum für England laufen soll, ist seit einigen Tagen wieder etwas Leben ins Hopfengeschäft gekommen und der Zentner wird bis 22 Thlr. bezahlt. Es ist jedoch bemerkenswerth, daß nur Waare zweiten Ranges (dunkle) gekauft wird, während Waare ersten Ranges (helle) keine Abnehmer findet. Ob die Kauflust von Dauer sein wird, was für unsere Hopfendistrikte, die noch einen Vorrath von über 10,000 Zentner diesjähriger Waare auf Lager haben, sehr wünschenswerth wäre, wird die Zukunft lehren. — Die jüdische Gemeinde in Bentschen hat sich genötigt gesehen, weil keine jüdische Bewerber aufraten, die an ihrer Schule vakante Lehrerstellen durch einen christlichen Lehrer zu besetzen. (Dies ist seit einigen Monaten auch in Bonsk. der Fall.) Den Religions- und hebräischen Unterricht erhält der vorläufige Rabbiner Pulvermacher, was um so mehr anzuerkennen ist, als derselbe bereits ein Greis von 74 Jahren ist.

S Bromberg, 5. Jan. [Bevölkerung; Industrielles; Verkehr; Behörverfammlung; Personalien.] Die Bevölkerung unserer Stadt beträgt nach der letzten Zählung vom 3. Dezember v. J. etwa 20,400 Einwohner ohne Militär. (Spezielle Mittheilungen können erst Ende dieses Monats erfolgen, da die Listen im hiesigen Polizeibureau noch revidirt werden müssen.) Es hat sich also die Bevölkerung seit der letzten Zählung um ca. 2000 Personen vermehrt. — Unter Fabrikwesen hat im vorigen Jahre einen recht erfreulichen Aufschwung genommen, namentlich hat sich der Betrieb der früher Kämmerischen Eisenferterei und Maschinenfabrik, welche der hiesige Kaufmann A. Wiese übernommen, sehr erweitert. Dasselbe gilt von der Eberhardischen Eisenferterei und Maschinenfabrik, in der vor kurzem eine neu große Dampfmaschine aufgestellt ist, und von der Hermannischen Luchsfabrik in der Bahnhofstraße, die einer großen Anzahl Arbeitern genügende Beschäftigung gewährt. — Die Produkte aus dem benachbarten Braunkohlebergwerk Stopla, das der Bergbau-Aktiengesellschaft „Weichselthal“ gehört, finden in diesem Winter in hiesiger Stadt und Umgegend einen vermehrten Absatz, wozu eines Heils das gute Fabrikat der Braunkohlenpresse, andertheils aber die sehr erhebliche Erhöhung der Holzpreise beiträgt. (Sichtkohlenboden erster Klasse kostet jetzt z. B. schon 5½ Thlr. pro Klastr.) — Die Bauhandwerker hatten im vorigen Jahre volksauf zu thun, namentlich in Folge der Erweiterung des Bahnhofsgebäudes und durch den Bau der Bromberg-Thorner Eisenbahn. Außerdem sind aber auch in der Stadt mehrere große Privathäuser aufgeführt worden. — Die Bromberg-Thorner Eisenbahn, welche Ende Oktober v. J. eröffnet wurde und anfänglich nur einen mittelmäßigen Verkehr hatte, wird jetzt recht lebhaft frequentirt. — Eine in vorigen Woche hier stattgehabte Lehrerversammlung hat das Programm der Berliner Lehrerversammlung mit einigen Modificationen angenommen und eine Petition an das Ministerium zu richten beschlossen, worin um Mittheilung der auf das Unterrichtsgesetz bezüglichen Vorlagen gebeten wird, welche den Kammern in der bevorstehenden Sitzungsperiode gemacht werden sollen. — Der Landrat v. Lavergne-Peguilhen im Wirths-Kreise ist aus seinem Amt geschieden und hat den hiesigen Regierungs-Professor Schulz zu seinem Nachfolger erhalten.

Raczkoweldorf, 4. Jan. [Mildthätigkeit; Krankheiten.] Auch am vorigen Weihnachtsfest wurde, wie gewöhnlich, ein Christbaum für die armen Schulkinder hiesiger Parochie ausgepuft, und die Gaben am Silvesterabend durch den Pastor Reinhard denselben unter einer feierlichen Ansprache vertheilt. Die hülfsbedürftigen Kinder sind nicht allein mit den nöthigen Schulbüchern &c. sondern auch mit Kleidungsstücken verorgt worden, und die Art und Weise der Vertheilung, begleitet mit wahrhaft väterlichen

Worten, wird den gewünschten Eindruck sicherlich nicht verfehlten. — Bei Gelegenheit eines Tanzvergnügens im sogenannten Jesuitenkraze fielen die polnischen Einlieger aus Plakowko, mit Knüppeln bewaffnet, über die im Kruse versammelten Deutschen her, unter denen sich auch ein beurlaubter Soldat befand. Ohne Weiteres prügeln sie auf die Tanzenden los, und da der Soldaten keinen Schutz nicht schonte, versuchten sie, ihm denselben zu entwinden, was aber nicht gelang. Ohne Zweifel wäre ein mörderischer Kampf daraus entstanden, wenn die wenigen Deutschen sich nicht, zum Theil mit blutenden Köpfen, entfernt hätten. — Die Masuren haben in unserer Gegend schon viele Kinder weggerafft, auch herrschen hier und da die Pocken. (B. B.)

Bermischtes.

* **Köln**, 4. Januar. Das „Kölner Domblatt“ heißt das Protokoll der Sitzung des Central-Dombauvereins-Vorstandes vom 28. Dez. mit. Aus demselben ergibt sich, daß im Monat Dezbr. 2551 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf. und vom 1. Januar bis 28. Dezbr. 1861 zusammen 58,306 Thlr. 11 Sgr. für den Dombau eingingen. Verträge flossen im Jahr dem Dombau vier, zusammen im Be-

trage von 6680 Thlr. zu.

* **Vom Mittelrhein** wird der „Volkszeitung“ geschrieben: Es war am zweiten Feiertage. Der große Saal im ersten Gatthof einer rheinischen Stadt war festlich dekoriert. Die Wände waren ringsum mit Waffen geziert, dazwischen hingene Fahnen in den französischen Farben. Das Bild des Kaisers Napoleon I. war in Lebensgröße in der Mitte der Hauptwand angebracht, über sich hatte er eine strahlende Sonne, neben sich rechts und links die Namen fast sämtlicher Franz. Marschälle und Generale, gegenüber hing das Bild des Kaisers Napoleon III. Die alten Veteranen der großen Armee feiern ein Fest. Gegen 1 Uhr beginnt der Raum sich zu füllen. Achtzig bis neunzig alte und junge Männer, Erstere mit der Helena-Medaille angestrahlt, Kaufleute, Gelehrte und Advoleten finden sich ein. Die Versammlung ist vollzählig; sie wartet nur noch auf die Hauptperson. Plötzlich entsteht Bewegung unter den Versammelten, sie ordnen sich, und die Blick Auster sind nach der Thüre gerichtet. Diese springt auf und der französische Konsul, geborener Franzose und nicht Veteran, geführt von Bürgermeister der Stadt, ebenfalls kein Mitglied der weiland großen Armee, tritt ein. Begleiteter Zuruf erhält aus aller Munde und die Trommeln wirbeln dage und die Trompeten und Hörner fallen schmetternd bei. Der Konsul nimmt den Ehrenplatz in der Gesellschaft ein; ihm zur Linken steht der Bürgermeister der Stadt. Bei dem Mahle selbst hört man den Konsul in gebrochenem Deutsch einen Toast ausbringen, der in französischer Sprache von einem Veteranen beantwortet wird. Trinksprüche in französischer Sprache, auf dem großen Kaiser, das glorreiche Kaiserthum, die siegewohnte Armee, die ruhigen Marschälle reihen sich dicht aneinander und finden sämtlich die begeisterte Aufnahme. So dauerte der tolle Jubel bis tief in die Nacht. Diese war unglaubliche, aber dennoch wahre Geschichte trug sich zu am zweiten Weihnachtstage des Jahres 1861, am Deutschen Rhein, in der Deutschen Bundesfestung Mainz, im Holländischen Hof.

Wenn einige alte, vielleicht etwas unüblich gewordene Männer deutschen Ursprungs ein Vergnügen daran finden, sich mit der Medaille des französischen Kaisers zu schmücken und zusammen lämen, sich in der Erinnerung an ihre Jugendjahre zu erfreuen, so kann man dieses bei milder Auffassung, wenn auch nicht billigen, doch vielleicht entschuldigen. Wenn aber ein solches Fest, wie es hier der Fall war, einen demonstrativen und durch die Anwesenheit des französischen Konsuls einen fast offiziellen Charakter annimmt, und sich trotzdem noch Leute finden, die keine Veteranen sind und die sich dennoch, unter Verleitung ihrer eigenen Nationalität, daran beteiligen, so kommt man wirklich in Verlegenheit, eine solche Chr. und Schamlosigkeit mit dem richtigen Ausdruck zu bezeichnen. Ein solches Benehmen grenzt an Landesverrat und die Namen aller Beteiligten, insbesondere der Nichtveteranen, sollten der Öffentlichkeit und damit der allgemeinen Verachtung übergeben werden.

* In Hannover ist ein Komit's zusammengetreten, um Marschner dafelbst ein Denkmal zu setzen. Das Komit' wendet sich mit seiner Bitte um Beiträge an das gesamte Deutschland. * Mozarts „Zauberflöte“ und „Idomeneo“ sind kürzlich im Dresdener Hoftheater in der alten niedrigen Orchester-Schaltung aufgeführt worden.

* **Leipzig, 4. Januar.** Die Wiede'sche Buchdruckerei war am 24. Dezember mit Blumen und Kränzen geschmückt und an jeder der sieben Schnellpressen hing ein mit Blumen eingefasstes Tableau, auf dem mit großen Lettern die Worte standen: „Heil der Gartenlaube“, 125,000. An diesem Tage begann nämlich der Druck der ersten Nummer des neuen Jahrgangs der „Gartenlaube“, die in der Auflage wiederum um 20,000 Exemplare gestiegen ist.

* **Frankfurt a. M., 3. Januar.** In einem Briefe, den das „Fr. J.“ veröffentlicht, bestätigt der Kabinettsrath des Herzogs von Coburg, Herr v. Meyern, seine Behauptung, daß Dr. Böllmann einen Expressionsversuch gemacht habe, indem er einen Brief des Letzteren anführt, worin allerdings mit klaren Worten ausgesprochen ist, daß Böllmann, falls der Herzog gewisse Bedingungen nicht erfülle, eine fertig zum Druck liegende Schrift gegen denselben publizieren werde. Es bedürfte wirklich gegenüber der einmütigen Art und Weise, in der sich die ganze deutsche Presse über dieses Pamphlet ausgesprochen hat, kaum solcher Darlegungen mehr, die einen Skandal nur vergroßern, den lediglich tot zu schweigen das Beste gewesen wäre.

* Aus Marburg berichtet die „H. M. 3.“ folgenden Vorfall: In der Nacht vom 26. auf den 27. Dez. verluden zwei Studenten gegen Eintrittsgeld sich an einem öffentlichen Balle zu betheiligen. Nicht zufrieden damit, ihnen den Zutritt zu verweigern, fielen sofort einige der Anwesenden über dieselben her und hieben mit Stächen auf sie ein. Vergebens wandten sie sich an einen anwesenden Polizeisergeanten um Schutz. Derselbe nahm gegen sie Partei und zer-

hieb mit seinem Seitengewehr dem einen der Studenten den linken, zur Abwehr über den Kopf gehaltenen Arm im Ellenbogengelenk. Nachdem er dem schwer Verwundeten gelungen war, das Kreuz und seine Wohnung zu gewinnen, drang eine Menschenmenge, der Polizeibeamt mit hochgeladenem Säbel voran, in das betreffende Haus ein, wo der Beamte den verwundeten Studenten aufzufinden suchte, indem er mit der blanken Waffe unter das Sopha, unten und in das Bett der erschrockenen Hauswirthe stach. In dem Zimmer eines hier studirenden Russen verfuhr er eben so, und es wurde dieser, als er bei den weiteren Vorgängen als Zeuge zugegen sein wollte, in sein Zimmer zurückgeschleudert und darin eingriegelt. Als schließlich die Stube des Verfolgten ermittelt war, sandt man dieselbe verschlossen. Dies war jedoch für den Wächter der öffentlichen Ruhe und Sicherheit kein Hinderniß; kurz entschlossen, gab er dem Haufen, den er führte, Bechel, Werkzeuge zur Sprengung herbeizuhauen, und in der That gelang es, mit einer Steinaxt die Thür zu zertrümmern. Der Unglückliche, der flüchtig nach einem Arzt verlangte, wurde jetzt nicht etwa vor weiteren Injekten sichergestellt, sondern er wurde durch die tumultuirennde Rote, unter fortwährenden groben körperlichen Misshandlungen und begleitet von dem die Waffe schwingenden Polizeibeamten, in ein gemeinsches Arrestlokal geschleift, während er als Student, wenn etwas gegen ihn vorgelegen hätte, auf akademische Karzer hätte gebracht werden müssen. Auch im Arrestlokal wurde ihm anfänglich ärztlicher Beistand verweigert. Der Gefängniswärter holte, als er nach einer Stunde durch den enormen Blutverlust auf den Grad des Verwundung aufmerksam geworden war, den städtischen Physikus herbei, der ein abgehauenes Stück des Oberarmknöchens herauszog und einen Verband anlegte. Erst am andern Morgen wurde der Kranke in das Krankenhaus befördert, woselbst seine starke Verwundung kunstgemäß behandelt wurde; hier befindet er sich noch in flüchtigem Zustande. Der Prorektor hat einer Deputation der Studirenden die Versicherung gegeben, sein ganzes Ansehen in der Angelegenheit geltend machen zu wollen, und gewiß wird die Staatsprokuratur, welche die Sache in die Hand genommen, Sorge tragen, daß solchen Übergriffen polizeilicher Unterbeamten gesteuert werde.

* In Belgien fahren die Kommunalbehörden mit Strenge fort, ein scharfes Auge auf die Fälschung der Lebensmittel zu richten. In einer kleinen Stadt hielt jüngst ein Polizeikommissar eine erfolgreiche Razzia gegen die Milchveräußerinnen ab und fand, daß Alle mit Wasser vermischt Milch seilbten.

Angekommene Fremde.

Bom 5. Januar.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Brendel aus Stettin und Krüger aus Apolda, Fabrikant Lämmerhirt aus Essien, die Gutsbesitzer Graf Arco aus Schlesien und Beyer aus Zawade, Landwirth Rappmund aus Zerkow, und Rentier Timermann aus Breslau.

HOTEL DE BERLIN. Beamter Laskowski aus Schröda, die Kaufleute Rosenberger aus Hamburg, Friederici aus Breslau, Koslowksi aus Gleiwitz, Mandl aus Romorantin und Urbanowski aus Krotow.

EICHENBERG BORN. Handelsmann Rosenberg aus Bentschen und Lehrer Hake aus Mur, Goslin.

DREI LILLEN. Gutsbesitzer Jakubowski aus Dusznik und Gutsb. Buisse aus Kowarowko.

GOLDENES REH. Lehrer Neumann aus Schröda, Amtmann Stachowski aus Lednagora und Kaufmann Richter aus Pudewitz.

ZUM LAMM. Lehrer Laurentowski aus Bielitz und Bürger Moldenhauer aus Czernowitz.

PRIVAT - LOGIS. Baron v. Brederlow aus Groß-Saalau, Berlinerstraße Nr. 15a.

Bom 6. Januar.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Büttner aus Berlin, Maler aus Hohenkarzig und Bürger aus Smilzowko, Frau Gutsbesitzer v. Chlapowska aus Bonikow, Dr. jur. Karstner aus Gotha, die Rittmeister im 2. Leib-Husarenregiment v. Schoen und v. Seiditz aus Lissa, Fabrikbesitzer Dierig aus Langenbielau, Mühlensbesitzer Müller und Kaufmann Deutsch aus Schwerin a. W., Rentier Nieße und die Kaufleute Geber, Blichard, Meyer, Bindner und Pintius aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Beer aus Liegnitz, Dobrin und Friedheim aus Berlin, Habich aus Kassel und Busching aus Chemnitz, Fabrikant Thiel aus Breslau, Frau Lüders aus Lissa und Tanzlehrer Szepanowski aus Zoladowo.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsbesitzer Trübler aus Berlin, die Fabrikanten Dhaluer aus Trier und Laute aus Hirschberg, die Gutsbesitzerfrauen v. Karczewski, v. Zychlinska und v. Kornatowska aus Plumian, die Kaufleute Schottländer und Saul aus Breslau, Vollrath aus Liegnitz und Hohenwalde aus Frankfurt a. O.

SCHWARZER ADLER. Frau Rittergutsbesitzer v. Sulitzky aus Chojnice, die Gutsverwalter Guderian und Dühl aus Słaniec.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Jasinski aus Domin und v. Chlapowska aus Bonikow, Rechtsanwalt Ahlemann aus Wreschen, Rentier v. Kołozowski aus Warichau, die Kaufleute Weirauch aus Köln, Stecher aus Nürnberg, Hanisch aus Altenburg und Gschab aus Mainz.

BAZAR. Gutsbesitzerjoh v. Jaraczewski aus Gliwice, die Gutsbesitzer v. Przybylski und Wdżalski aus Polen, Graf Skarbek aus Biacz, Graf Mielczarski aus Miastek, v. Kiezykowski aus Granowo, Stanke aus Kociszewo, v. Ujmański und die Rittergutsbesitzerfrauen Gräfin Stęcka aus Galizien und v. Kocorowska aus Dembo.

HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer v. Poniatowski aus Komornik, Bürgerfrau Grodzinska aus Skupie, Gutsbesitzer Wolki aus Strzalkowo, Frau Gutsbesitzer Krażewski und Fräulein Krażewski aus Staré, Rendant Rahn und Landwirth Hoffmann aus Klecko, Baurath Meyer aus Bromberg und Forstverwalter Kiel aus Heldewiken.

BUDWIG'S HOTEL. Mauermeister Gessler aus Inowrocław, die Kaufleute Grajciarz und Gebrüder Blanter aus Janowice, Brodowski aus Stettin, Lewiś aus Wongrowitz, Lipschitz aus Frankfurt a. O., Wagner aus Gniezno, Gräß aus Rogasen, Lipzjohm aus Woldenberg, Thrlisch, Peppner und Groß aus Zerkow.

ZUM LAMM. Rentier v. Moraczewski aus Lissa.

PRIVAT - LOGIS. Partikular Nette aus Stettin, Magazinstraße Nr. 15.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

a) **Wroclaw am 9. April 1862** Vermittlung 9 Uhr.

b) **Skalow nebst Serafinowo am 10. April 1862** Vermittlung 9 Uhr.

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben

ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzunehmen.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläu-

biger, nämlich:

a) der Mühlenbauer Emil Besser von hier,

b) der Kaufmann Charles Edouard Du-

bor aus Hamburg werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Krotoschin

